

## Solidarität im 21. Jahrhundert



# **Solidarität im 21. Jahrhundert**

## **Die Familie – Soziales Kapital einer menschwürdigen Gesellschaft**

Dokumentation einer Konferenz  
der Friedrich-Ebert-Stiftung  
am 6. Juni 2002 in Bonn

ISBN 3-89892-142-5

Solidarität im 21. Jahrhundert. Die Familie – Soziales Kapital einer menschenwürdigen Gesellschaft. Dokumentation einer Konferenz der Friedrich-Ebert-Stiftung am 6. Juni 2002 in Bonn/Friedrich-Ebert-Stiftung

Copyright 2002 by Friedrich-Ebert-Stiftung

Godesberger Allee 149, D-53175 Bonn

Verantwortlich: Gisela Zierau

Redaktion: Christiane Toyka-Seid

Umschlag: Pellens Kommunikationsdesign GmbH, Bonn

Druck: Toennes Satz + Druck GmbH, Erkrath

Printed in Germany Dezember 2002

Diese Veröffentlichung stellt keine Meinungsäußerung der Friedrich-Ebert-Stiftung dar. Für die inhaltlichen Aussagen tragen die Autorinnen und Autoren die Verantwortung

Besuchen Sie uns im Internet: [www.grundwerteforum21.de](http://www.grundwerteforum21.de)

---

## Inhaltsverzeichnis

<b>Vorwort</b>	7
<b>Aus dem Begrüßungstext der Veranstaltung</b>	9
<b>Vorträge</b>	
HELMUT RICHTER „Bowling alone“ in der individualisierten Gesellschaft? Wie können gesellschaftliche Exklusionsprozesse verhindert werden?	11
RENATE SCHMIDT Solidarität im 21. Jahrhundert – Der Beitrag der Familie	33
MICHAEL CORSTEN Lebensverläufe und sozialer Wandel	49
GESINE SCHWAN Familienpolitik und Zivilgesellschaft	61
<b>Podiumsbeiträge</b>	75
PETRA PUSCH INGRID SEHRBROCK RENATE SCHMIDT	
<b>Publikumsdiskussion</b>	83
Moderation: THOMAS MEYER	
<b>Die Referenten und Referentinnen</b>	93



## Vorwort

„Wie kann gesellschaftliche Solidarität in der gemeinschaftlichen, sozialen Praxis erzeugt und erneuert werden?“ „Was ist die Rolle der Familie dabei?“ – die leitenden Fragestellungen des Grundwerteforum21 der Friedrich-Ebert-Stiftung verwiesen sowohl als methodische Ansätze wie auch als inhaltliche Fragestellungen auf ein brennendes Thema in der gesellschaftspolitischen Entwicklung, deren Bearbeitung für den Zusammenhalt der Gesellschaft von großer Bedeutung ist.

Es ging um die wachsende persönliche und soziale Unsicherheit vieler Menschen aufgrund der sich beschleunigenden Erneuerung des Wissens in der sich herausbildenden Wissensökonomie mit der Tendenz einer zunehmenden Individualisierung.

Ausgehend von der Erkenntnis, dass Solidarität eine soziale Bindekraft ist, die zu ihrer Erneuerung funktionierender sozialer Netze, sozialer Selbsthilfe, staatlichen und gemeinschaftlichen Handelns bedarf, präsentierten und diskutierten Wissenschaftler, Politiker und Vertreter zivilgesellschaftlicher Akteure Analysen und Erkenntnisse, wie die moralische Bindekraft des Grundwertes „Solidarität“ in neuen Formen immer wieder entstehen kann.

Die vorliegenden Beiträge behandeln darüber hinaus Fragen eines neuen Gleichgewichts von individueller und kollektiver Verantwortung und der Neubestimmung der politischen Arbeitsteilung von Staat, Gesellschaft und Familie.

Die vorliegende Dokumentation enthält Referate und Diskussionsbeiträge, die in zum Teil aktualisierter und überarbeiteter Form für ein Akademiegespräch erarbeitet wurden, das im Juni 2002 in Bonn im Rahmen des Grundwerteforum21 stattfand.

Wir danken den AutorInnen für ihr Einverständnis, ihre Ausführungen in dieser Schrift zu veröffentlichen.

*Prof. Dr. Thomas Meyer*  
Wissenschaftlicher Leiter  
Akademie der Politischen Bildung

*Gisela Zierau*  
Friedrich-Ebert-Stiftung  
Akademiegespräche Bonn



---

## Aus dem Begrüßungstext der Veranstaltung

### Thomas Meyer

Wir wollen versuchen, ein paar der Leitbegriffe und der Probleme, die im Titel der Tagung angedeutet sind, aus einer besonderen Perspektive zu betrachten. Dabei stehen zwei Fragen im Zentrum unserer Gespräche: Welchen Beitrag leistet die Familie zum Zusammenhalt unserer Gesellschaft? Welchen Beitrag muss die Gesellschaft zum Zusammenhalt, zur Lebensfähigkeit, zum Wohlergehen einer modernen Familie unserer Zeit leisten?

Es handelt sich dabei offenbar um ein wechselseitiges Bedingungsverhältnis, das in den bisherigen Debatten nicht ausreichend beleuchtet wurde. Unser Bestreben ist es, mit dieser Veranstaltung einen gesellschaftlichen Dialog zum Thema zustande zu bringen. Wir möchten interessierte Bürgerinnen und Bürger, Repräsentanten aus Initiativen und Vereinen der Zivilgesellschaft, aus der Wirtschaft, aus den Gewerkschaften, aus den Parteien und Wissenschaften, die sich mit dem jeweiligen Thema befassen, zu einem Bürgergespräch zusammenbringen, zu einem handlungsorientierten Verständigungsdialo g über das jeweilige Thema. So wurden aus verschiedenen Erfahrungs- und Beschäftigungsperspektiven Referentinnen und Referenten und Gesprächsteilnehmende eingeladen. Ziel für uns ist es, auch in verschiedene gesellschaftliche Bereiche wieder hineinzuwirken mit dem, was sich in diesen Gesprächen hier ergibt.

Welchen Beitrag muss die Gesellschaft leisten, nicht nur, damit die Familie ihre gesellschaftlichen Aufgaben erfüllen kann – und Renate Schmidt legt in ihrem Buch besonderen Wert darauf –, sondern auch damit sie eben zu einem glücklichen, selbstbestimmten Leben befähigt ist und die Familienmitglieder, ganz besonders die Kinder, unbeschwert aufwachsen können?

Was muss passieren, damit die Kinder ein Umfeld vorfinden, in dem sie sich gut entwickeln können und wo Menschen selbstbestimmt entscheiden können, wie sie als Familie zusammenleben wollen?

Vielleicht ist ja die Tatsache, dass Familien glücklich, fröhlich und entspannt miteinander leben können, ohnehin der Hauptbeitrag, den sie dann, sozusagen nebenbei, noch für das Entstehen von Solidarität und Zusammenhalt in der Gesellschaft leisten.

Helmut Richter

## **„Bowling alone“ in der individualisierten Gesellschaft?**

### **Wie können gesellschaftliche Exklusionsprozesse verhindert werden?**

#### **Vorbemerkung**

Im Rahmen dieser Tagung geht es um die Erörterung von zwei Fragen, nämlich zum einen, wie gesellschaftliche Solidarität in der gemeinschaftlichen, sozialen Praxis erzeugt und erneuert werden kann, und zum anderen, was die Rolle der Familie dabei ist.

Mein Beitrag beschäftigt sich im Wesentlichen mit der ersten Frage. Sein Titel „Bowling alone“ wiederholt den Titel eines Buches des amerikanischen Soziologen Robert Putnam aus dem Jahre 2000. In seinem Buch hat Putnam die These des amerikanischen Pädagogen Lyda Hanifan aus dem Jahre 1916 aktualisiert, wonach das nachbarschaftliche Leben in der amerikanischen community zunehmend der Isolation in der Familie gewichen sei. Mit diesem Schwinden des Sozialkapitals – wie Hanifan es nannte – sei das Fundament bedroht, auf dem die amerikanische Gesellschaft sich gründe: die Demokratie. Diesen Gedanken hat Putnam wieder aufgegriffen, indem er u.a. am Beispiel des Bowlings nachzeichnet, dass – obwohl immer mehr Amerikaner bowlen – der organisierte Wettkampf seit den 1980er Jahren um über 40 Prozent abgenommen habe. Auch Putnam sieht hierin einen Beleg für den Niedergang der amerikanischen demokratischen Zivilgesellschaft.

In meinem Beitrag geht es um die Diskussion dieses Themas in Deutschland, die um die Begriffe Ehrenamt bzw. freiwilliges oder bürgerschaftliches Engagement geführt wird.

Vorher aber möchte ich mich kurz vorstellen.



Als Erziehungswissenschaftler lehre und forsche ich im Bereich der Sozialpädagogik bzw. der Kinder- und Jugendbildung. Meine Forschungsschwerpunkte sind die Gemeinde- bzw. Kommunalpädagogik und die Vereinspädagogik. Ich bin darüber hinaus seit vielen Jahren in verschiedenen ehrenamtlichen Funktionen tätig. Derzeit bin ich als nicht honorierter Abteilungsleiter in einer Basketballabteilung engagiert und trainiere zudem die 1. Herrenmannschaft als pauschal honorierter Spieler-Trainer. Insofern bin ich also nicht nur theoretisch, sondern auch praktisch mit dem Thema Ehrenamt vertraut. Ich bin zudem Vater einer Tochter im Alter von 26 Jahren und zweier Söhne im Alter von 22 und 20 Jahren, an deren Aufwachsen ich gemeinsam mit ihrer berufstätigen Mutter intensiv beteiligt gewesen bin. Ich gehöre also nicht zu den von Renate Schmidt in ihrem Buch „S.O.S. Familie“<sup>1</sup> beschriebenen Vätern mit einer „vornehmen Distanz zum feuchten Textil“, zu Feudel, Windel oder Wäsche, und ich hoffe daher, in der anschließenden Diskussion auch noch etwas zum Thema Familie und gesellschaftliche Solidarität sagen zu können.

---

1 Renate Schmidt, S.O.S. Familie. Ohne Kinder sehen wir alt aus, Berlin 2002.

---

Zunächst zum Thema Ehrenamt: Die Generalversammlung der Vereinten Nationen hatte das Jahr 2001 zum „Internationalen Jahr der Freiwilligen“ erklärt. Sie hat damit ein Handlungsfeld gleichsam „geadelt“, das bis in die 1980er Jahre hinein noch ein verstaubtes Nischendasein geführt hatte. Seit Mitte der 1990er Jahre ist jedoch in Politik, Wirtschaft und Wissenschaft ein erstaunlicher Wandel feststellbar, ist das Ehrenamt in aller Munde.

Bei allen Differenzen, die diese Diskussion durchziehen, bewegt sie sich doch im Wesentlichen zwischen zwei Polen: Auf der einen Seite wird die Krise des Ehrenamtes beschworen, weil die Bereitschaft, ehrenamtliche Tätigkeiten zu übernehmen, immer mehr sinke. Auf der anderen Seite wird das Ehrenamt als Hoffnungsträger der Zivilgesellschaft stilisiert, weil es fremdbestimmtes staatliches Handeln durch selbstbestimmtes gemeinschaftliches Handeln ersetzen könne.

Wer heute von der Krise des Ehrenamtes redet, tut gut daran, sich zunächst einmal historisch zu vergewissern, ob dies ein neues Phänomen ist und wie es dazu kommen konnte. Dabei dürfte auffallen, dass diese Diskussion im Allgemeinen völlig losgelöst davon geführt wird, in welchem *institutionellen* Rahmen sie zu verorten ist: nämlich dem *Verein*. Auch wenn es ehrenamtliche Tätigkeiten in der kommunalen Selbstverwaltung wie in der Justiz und in der Wirtschaft gibt,<sup>2</sup> so stellt der Verein doch das Zentrum der Aktivitäten dar. Um diesen Zusammenhang zu verdeutlichen, möchte ich folgende Leitthese vorausschicken:

*Die Krise des Ehrenamtes ist in erster Linie Ausdruck der Krise des Vereins.*  
Mein Beitrag ist folgendermaßen gegliedert: Aus der Sicht der Erziehungswissenschaft geht es im ersten Teil um den Verein, im zweiten Teil um das Ehrenamt und im dritten Teil um Perspektiven von Ehrenamt und Verein.

---

2 Vgl. Antwort der Bundesregierung: Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend: Bedeutung ehrenamtlicher Tätigkeit für unsere Gesellschaft. Antwort der Bundesregierung auf die Große Anfrage der Fraktionen der CDU/CSU und der F.D.P. Bundestagsdrucksache 13/5674, Bonn 1996, S. 6 ff.

## **1. Über den Verein<sup>3</sup>**

### **1.1. Der blinde Fleck in der Erziehungswissenschaft**

Es ist heute ein Gemeinplatz davon zu reden, dass wir uns in einem großen gesellschaftlichen Umbruch befinden. Im Kontext der Schlagworte der Globalisierung, der Pluralisierung der Lebenswelten und der Individualisierung von Lebenslagen wird zugleich ein verbreiteter Werteverlust beklagt – mit der Folge, dass vor allem junge Menschen nicht mehr bereit seien, auch noch gesellschaftliche Bindungen und Verpflichtungen auf sich zu nehmen, z.B. in der Form der Wahrnehmung von Ehrenämtern.<sup>4</sup> Um diese Defizite abzubauen, wird dann insbesondere an die Pädagogik appelliert, und die Pädagogik reagiert darauf in der Form der Familien- und Schulpädagogik einerseits und der Sozialpädagogik andererseits, ohne sich bewusst zu sein, wie sehr schon diese Form der Reaktion das Problem widerspiegelt. Denn Familien- und Schulpädagogik auf der einen und Sozialpädagogik auf der anderen Seite stehen sich nicht gleichwertig und gleichgewichtig in Augenhöhe gegenüber: Familie und Schule als Institutionen kennt jeder, aber welche gleichwertige Institution verbindet sich mit der Sozialpädagogik? Dass dies recht eigentlich der Verein ist, wird systematisch ausgeblendet, ist ein blinder Fleck in der Erziehungswissenschaft und in der öffentlichen Diskussion. Diese Ausblendung spiegelt sich z.B. auch in Renate Schmidts Buch „SOS Familie“ wider, in dem das Wort Ehrenamt kaum, der Verein aber gar nicht vorkommt.

### **1.2. Systematische Rekonstruktion des Vereins**

Der französische Historiker und Politiker Alexis de Tocqueville ist der erste Gesellschaftstheoretiker gewesen, der dem Verein in demokratischen Gesellschaften eine zentrale Rolle zugemessen hat. Getrieben von der Sorge, dass gerade in einer Demokratie die Freiheit und Gleichheit *aller* Menschen durch interessegeleitete Mehrheitsentscheide außer Kraft ge-

---

3 Die folgenden Ausführungen zum Verein basieren auf Helmut Richter, *Kommunalpädagogik. Studien zur interkulturellen Bildung*, Frankfurt a.M. 2001, S. 205 ff.

4 Vgl. Antwort der Bundesregierung (s. Fußnote 2), S. 26.

---

setzt werden könnte, bereiste er in den 1830er Jahren Amerika und fand den Verein als wesentliches demokratisches Bindeglied zwischen Bürgerinteressen und Staatsgewalt. Auch im nichtdemokratischen Europa des 18. und 19. Jahrhunderts erhielten die Vereinsgründungen eine wachsende Bedeutung. Unter den gottgewollt aristokratischen Verhältnissen ging es dabei jedoch vor allem um zweierlei: lokale *Geselligkeit* und *Sachorientierung*. Die *demokratische* Dimension blieb demgegenüber noch weitgehend unbegriffen.

Erst seit dem 20. Jahrhundert wird das Vereinswesen insbesondere in der Soziologie unter diesem Blickwinkel untersucht. Dabei geht es nicht zuletzt um die Frage, wieweit ein Verein ein Spiegelbild der Gesellschaft und insofern in demokratischen Gesellschaften eine Schule der Demokratie ist. Wenn in diesem Zusammenhang eine amerikanische Untersuchung aus den 1960er Jahren zu dem Ergebnis gekommen ist, Vereinsmitglieder seien die besseren Demokraten,<sup>5</sup> so kann es allerdings nicht verwundern, dass dieses Ergebnis heute „mehr als zweifelhaft“<sup>6</sup> erscheint. Denn der Zusammenhang dürfte sich erst erschließen, wenn freiwilliges Engagement nicht schon per se mit „gelebter Demokratie“ in eins gesetzt wird, wenn es vielmehr mit einer *demokratischen Öffentlichkeit* verbunden wird, etwa in der Form von Mitgliederversammlungen, Vorstandswahlen oder einer Vereinszeitung mit Diskussionsbeiträgen.<sup>7</sup>

Wer den Verein und seine Demokratiepotenziale in einen notwendigen Zusammenhang mit dem Öffentlichkeitsbegriff bringt, muss allerdings auch daran erinnern, dass Öffentlichkeit nicht ohne ihre *lokale* Basis in Form der *Gemeinde* bzw. Kommune zu verstehen ist. Erst in diesem kleinräumigen Zusammenhang – wie er zum Beispiel in Goethes Weimar mit seinen 6.000 Einwohnern dereinst bestand oder heute in den Stadt-

---

5 Gabriel Almond/ Sidney Verba (Hrsg.), *The Civic Culture: Political Attitudes and Democracy in Five Nations*, Princeton 1963.

6 Annette Zimmer, *Vereine – Basiselemente der Demokratie. Eine Analyse aus der Dritte-Sektor-Perspektive*, Opladen 1996, S. 66.

7 Vgl. Helmut Richter, *Zur Rückgewinnung kommunikativer Macht gegenüber einer gesteuerten Nachfrage*, in: Franz Hamburger/ Hans-Uwe Otto (Hrsg.), *Sozialpädagogik und Öffentlichkeit*, Weinheim u. München 1999, S. 19-35.

teilen der Großstädte besteht – hat die Gemeinde sich gegenüber der Privatsphäre einerseits und der „Weltöffentlichkeit“ andererseits herausbilden können, hat soziales Kapital also eine Chance auf Verwirklichung gehabt.

### **1.3. Vereine zwischen Betrieb und Ersatz-Familie**

Vor dem Hintergrund der entfalteten systematischen Bedeutung des Vereins stellt sich nun die Frage, wie es zu seiner theoretischen Hintansetzung hat kommen können.

Aus pädagogischer Sicht ist zunächst auf eine historisch gegenläufige Entwicklung hinzuweisen. Sie hat dazu geführt, dass die beiden prägenden Merkmale des Vereins, die *Sachorientierung* und die *Geselligkeit*, in zwei Extreme auseinandergetreten sind. Schon mit Johann Hinrich Wichern, dem Begründer des Rauhen Hauses und der Inneren Mission, setzt sich ein Vereinsverständnis durch, das die *spontane* Hilfe des barmherzigen Samariters für fremde Menschen in die Form einer *dauerhaften* Selbst-Organisation der Helfenden für eine Klientel von Nicht-Mitgliedern bringt. Ihre Gemeinsamkeit beruhte auf der Annahme eines gemeinsamen christlichen Glaubens. Je brüchiger diese Annahme wurde, desto mehr verwandelte sich das Prinzip der Ehrenamtlichkeit von Mitgliedern für Mitglieder in ein *hauptamtlich gesteuertes* Dienstleistungs-Kundschafts-Verhältnis: *Der Verein wird zum Betrieb*.<sup>8</sup>

Auf der anderen Seite können wir – etwa am Beispiel der Jugendbünde oder der Schützen-, Kegel- oder Karnevalsvereine – eine Rückkehr zum Patriarchat in der Form einer führerorientierten und gleichzeitig politisch passiven „Vereinsmeierei“ erleben: *Der Verein wird zur Ersatz-Familie*.

Diese Entwicklung ist nicht folgenlos geblieben. Schon Ende der 1970er Jahre versuchte die *Selbsthilfe-Bewegung*, den Grundsatz der Selbst-Hilfe ohne hauptamtliche Steuerung wiederzubeleben. Auf der anderen Seite

---

8 Thomas Rauschenbach / Christoph Sachße / Thomas Olk (Hrsg.), Von der Wertgemeinschaft zum Dienstleistungsunternehmen. Jugend- und Wohlfahrtsverbände im Umbruch, Frankfurt a.M. 1995.

sind in den letzten Jahren auch in der Bundesrepublik – wie vorher schon in den USA oder den Niederlanden – immer mehr *hauptamtlich* organisierte *Freiwilligen-Agenturen* entstanden, die wieder die Motivation zur Fremd-Hilfe ansprechen, wenn sie denn in *Kurzzeit-Projekten flexibel* ausgeübt werden kann.

Unklar bleibt hier allerdings, ob nicht – wie Tocqueville es befürchtete – das lokale politische Gemeinwesen zugunsten von Interessen-Gemeinschaften und Kurzzeit-Interessen aus dem Blick gerät.<sup>9</sup> Zudem kommt in den neuen Organisationsformen auch ein neues Verständnis vom Ehrenamt bzw. von bürgerschaftlichem Engagement zum Ausdruck, das nunmehr durch einen Perspektivenwechsel von der Vereinsebene zur Ebene des Ehrenamtes erschlossen werden soll.

## **2. Über das Ehrenamt**

### **2.1. Fakten und Tendenzen**

#### *2.1.1. Zahlen und Begriff*

Was die Zahl der Ehrenamtlichen angeht, so werden wir gegenwärtig immer wieder mit einer doppelten Botschaft konfrontiert. Während uns die Wissenschaft darüber informiert, dass der Anteil an ehrenamtlichen Aktivitäten in der Bundesrepublik nicht rückläufig sei und seit den 1980er Jahren sogar leicht zugenommen haben könnte,<sup>10</sup> wird im politischen Raum und auch von Seiten der Verbände immer wieder beklagt, dass in unserer Gesellschaft und insbesondere bei den jungen Menschen die

---

9 Vgl. Rolf G. Heinze / Thomas Olk, Vom Ehrenamt zum bürgerschaftlichen Engagement. Trends des begrifflichen und gesellschaftlichen Strukturwandels, in: Ernst Kistler u.a. (Hrsg.), Perspektiven gesellschaftlichen Zusammenhalts, Berlin 1999, S. 77-100, S. 83.

10 Claus Offe / Susanne Fuchs, Schwund des Sozialkapitals? Der Fall Deutschland, in: Robert D. Putnam (Hrsg.), Gesellschaft und Gemeinn. Sozialkapital im internationalen Vergleich, Gütersloh 2001, S. 417-514, S. 440.

Bereitschaft sinke, ehrenamtliche Tätigkeiten zu übernehmen.<sup>11</sup> Worauf gründen sich die wissenschaftlichen Fakten?

Einen ersten Einblick in den aktuellen Forschungsstand über den Prozentanteil der ehrenamtlich Aktiven an der erwachsenen Bevölkerung in der Bundesrepublik gibt die folgende Abbildung:

**Abb. 1: Ehrenamtliche Tätigkeit in Deutschland  
(Anteil Aktiver in v. H. der Bevölkerung)**

Quelle: Infratest Burke-Sozialforschung, zit. nach B. v. Rosenblatt, Zur Messung des ehrenamtlichen Engagements in Deutschland – Konfusion oder Konsensbildung?, in: Ernst Kistler u.a. (Hrsg.), Perspektiven gesellschaftlichen Zusammenhalts, Berlin 1999, S. 400.

---

11 Antwort der Bundesregierung (vgl. Fußnote 2), S. 26; Positionspapier des Deutschen Landfrauenverbandes zum „Ehrenamt“, in: <http://www.dlv-online.de/Positionen/positionen.html> 23. 06. 2000.

---

Die Abbildung verdeutlicht, dass der Prozentanteil Ehrenamtlicher in den verschiedenen Untersuchungen zwischen 13 und 38 Prozent liegt. Wie kommt es zu diesen extrem unterschiedlichen Befunden?

Das Hauptproblem dürfte darin liegen, was wir unter dem Begriff Ehrenamt verstehen bzw. wem wir es überlassen, den Begriff zu definieren: den Forschern oder den Befragten. Wird ausschließlich und ohne nähere Erläuterung nur nach „ehrenamtlichen Tätigkeiten“ gefragt, liegt die Antwort bei 15 Prozent insgesamt (so im Sozio-ökonomischen Panel [SOEP]) bzw. bei 9 Prozent der Jugendlichen im Alter von 14 bis 24 Jahren.<sup>12</sup> Wird jedoch zusätzlich das „Engagement“ oder die „Beteiligung“ abgefragt, ergibt sich – auch bei den Jugendlichen – ein Aktivitätsgrad von teilweise deutlich über 30 Prozent – wie in der Klages-Umfrage, aber auch im SOEP<sup>13</sup> oder zuletzt im Freiwilligensurvey 1999<sup>14</sup>. Damit stellt sich nun um so mehr die Frage, wie der Begriff des Ehrenamtes zu bestimmen ist.

Die traditionelle Definition des Ehrenamtes finden wir im Fachlexikon der sozialen Arbeit des Deutschen Vereins für öffentliche und private Fürsorge aus dem Jahre 1986. Dort heißt es:

„Ehrenamtlich Tätige sind Bürger, die sich, ohne durch verwandtschaftliche Beziehungen oder ein Amt dazu verpflichtet zu sein, ohne Entgelt sporadisch oder regelmäßig für Aufgaben in der sozialen Arbeit zur Verfügung stellen“.

Diese traditionelle Bestimmung macht heute mehr Probleme als sie löst.

- Sie berücksichtigt nicht die prominente Bedeutung des *Vereins* für das Ehrenamt.
- Sie verengt das Spektrum der Tätigkeiten auf die soziale Arbeit und bezieht etwa Sport, Politik, Kultur, Umwelt und Gesundheit nicht mit ein.

---

12 Freiwilligensurvey 1999, Bd. 3, S. 133f.

13 Vgl. Heinze / Olk (Fußnote 9), S. 90.

14 Vgl. Fußnote 12, S. 127.

- Sie unterscheidet nicht zwischen dem auf *Dauer* angelegten Ehrenamt – wozu es einer förmlichen *Wahl oder Ernennung* bedarf – und dem *kurzzeitigen freiwilligen Engagement*, wie wir es im angelsächsischen Sprachraum mit dem Begriff der *volunteers* verbinden.
- Sie erwähnt nicht den *Motivationswechsel* im Ehrenamtsverständnis vom traditionellen selbstlosen Helfen (*Altruismus*) zum gegenwärtigen Prinzip des Gebens und Nehmens (*Reziprozität*).<sup>15</sup>
- Sie koppelt das Ehrenamt ohne weitere Erläuterungen daran, *unentgeltlich* geleistet zu werden, worauf ich im Folgenden noch näher eingehen werde.

Erst unter Berücksichtigung dieser Hinweise lässt sich das Ehrenamt als eine *regelmäßige und längerfristige Tätigkeit* bestimmen und vom freiwilligen *Kurzzeit-Engagement* unterscheiden.

Werden die angesprochenen Merkmale bei der Bestimmung des Ehrenamtes mit einbezogen und wird dadurch das Ehrenamt vom freiwilligen Engagement unterschieden, so kann aus den aktuellen Zahlen über die Entwicklung des Ehrenamtes zumindest die eingangs angesprochene doppelte Botschaft entschlüsselt werden. Sie lautet: Der Anteil der regelmäßig mindestens einmal im Monat ehrenamtlich Aktiven ist in den letzten 15 Jahren zurückgegangen, während die seltener ausgeübten Aktivitäten deutlich zugenommen haben.

### 2.1.2 Motivationen und Hemmnisse

Welche Motivationen und Hemmnisse, ein Ehrenamt auszuüben, haben diese Entwicklung beeinflusst? Zunächst eine Übersicht über die „Erwartungen an die ehrenamtliche Tätigkeit und inwieweit sie eingelöst werden“:

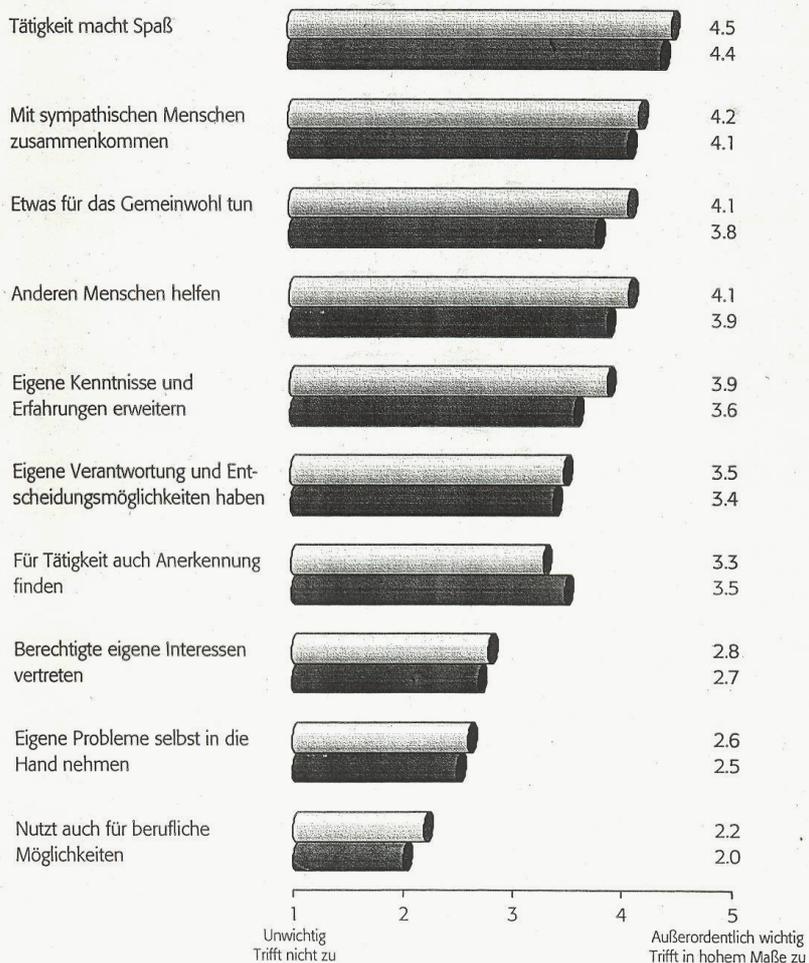
---

15 Vgl. Karin Behr / Reinhard Liebig / Thomas Rauschenbach, Das Ehrenamt in empirischen Studien – ein sekundäranalytischer Vergleich (=Schriftenreihe des Bundesministeriums Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Bd. 163), Stuttgart 1998, S. 150.

## Übersicht 14:

**Erwartungen an die ehrenamtliche Tätigkeit und inwieweit sie eingelöst werden**

Basis: Alle ehrenamtlich Tätigen  
 Helle Balken: Wie wichtig ist dieser Punkt?  
 Dunkle Balken: Wie sehr trifft dieser Punkt zu?  
 Mittelwerte



Repräsentativ befragt worden sind alle ehrenamtlich Tätigen. Der helle Balken drückt die Wichtigkeit aus, der dunkle Balken die eingelöste Erwartung.

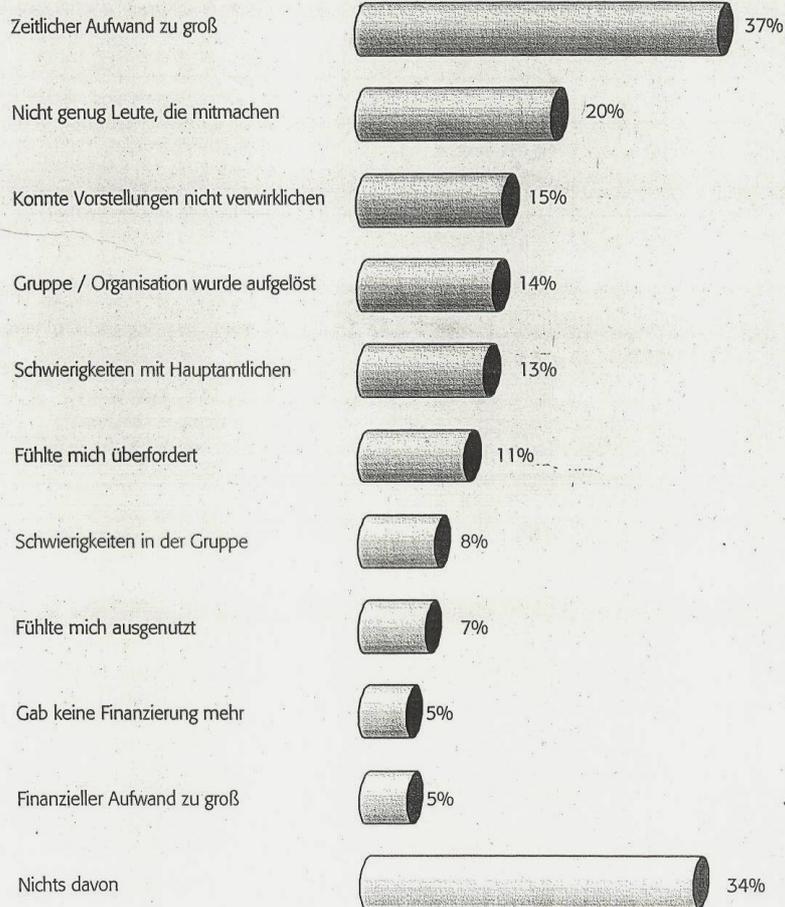
Bei den Erwartungen steht der „*Spaß*“ an erster Stelle. Hoch besetzt ist auch das Zusammenkommen mit „*sympathischen Menschen*“. Und ebenfalls sehr wichtig erscheint es, „*etwas für das Gemeinwohl zu tun*“ und „*anderen Menschen zu helfen*“. Als wichtig werden auch eingestuft, „*eigene Kenntnisse und Erfahrungen zu erweitern*“ sowie „*eigene Verantwortung und Entscheidungsmöglichkeiten*“ zu haben sowie für die Tätigkeit auch „*Anerkennung*“ zu finden.

Was die Einlösung dieser Erwartungen angeht, so zeigen die schwarzen Balken, dass dies in hohem Maße erfolgt ist. Auffällig ist dabei, dass insbesondere die *Anerkennung* größer gewesen ist als erwartet. Das heißt, das Ehrenamt wird durchaus auch heute noch als eine Ehre empfunden.

Sehen wir uns nun die Probleme an, aufgrund derer man eine ehrenamtliche Tätigkeit beendet hat.

**Übersicht 15:****Probleme, aufgrund derer man ehrenamtliche Tätigkeit beendet hat**

Basis: Alle Befragten, die (nur) früher ehrenamtlich tätig waren  
Prozentwerte, Mehrfachnennungen



Weit an erster Stelle steht die Aussage, dass der *„zeitliche Aufwand zu groß“* gewesen sei. Damit im Zusammenhang steht die zweite Aussage, dass *„nicht genug Leute“* mitgemacht haben.

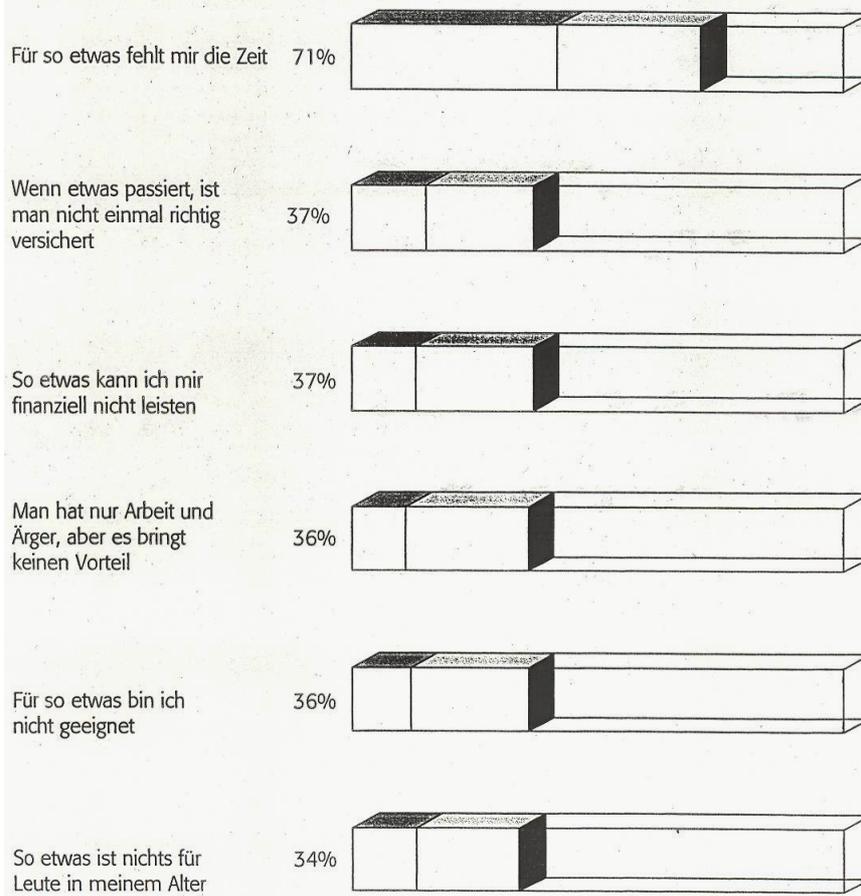
Zu beachten ist dann noch die Enttäuschung darüber, dass man die eigenen *„Vorstellungen nicht verwirklichen“* konnte und *„Schwierigkeiten mit Hauptamtlichen“* hatte.

Auffällig ist schließlich, dass nur fünf Prozent der ehemaligen Ehrenamtlichen fanden, der *„finanzielle Aufwand sei zu groß“* gewesen.

Die folgende Übersicht nennt demgegenüber die *„Hinderungsgründe für ein ehrenamtliches Engagement“* bei Befragten, die nicht ehrenamtlich tätig sind:

**Übersicht 16:****Hinderungsgründe für Engagement (bei nicht-ehrenamtlich Tätigen)**

Basis: Alle Befragten, die nicht ehrenamtlich tätig sind  
Dunkle Balken: Stimme voll zu  
Helle Balken: Stimme teilweise zu  
Prozentwerte, Mehrfachnennungen



Wie bei den Beendigungsgründen, aber noch viel gewichtiger, steht hier der *Zeitfaktor* an erster Stelle. Von den weiteren, etwa gleichgewichtig aufgeführten Hinderungsgründen möchte ich hier nur einen Punkt herausgreifen, der in dieser Bedeutung bei den Gründen für eine Beendigung des Ehrenamtes nicht aufgetreten ist: „*So etwas kann ich mir finanziell nicht leisten*“, sagen immerhin fast 40 Prozent derjenigen, die nicht ehrenamtlich engagiert sind.

### 2.1.3. Tendenz: Vorbei mit den Vereinen?

Wie sind die hier vorgelegten Befunde zum ehrenamtlichen Engagement zusammenzufassen, wenn wir dabei einige Strukturdaten mit einbeziehen, die aus Zeitgründen nicht vorgetragen werden konnten? Zunächst gibt es das Faktum, dass das Ehrenamt vor allem in der Leitungsebene weiterhin eine Angelegenheit der erwerbstätigen und gebildeten *männlichen Mittelschicht* ist. Ärmere Bevölkerungsgruppen haben – wohl nicht zuletzt wegen der zu erwartenden finanziellen Belastungen – auch in der heutigen Zeit nur begrenzte Zugangschancen, während Frauen insbesondere im sozialen Ehrenamt aktiv sind.

Was die Erwartungen an das Ehrenamt angeht, so werden sie weitgehend erfüllt. Aber der *Zeitfaktor* spielt in zunehmendem Maße eine hindernde Rolle und ist damit die eigentliche Ursache für die zentrale Botschaft: Bei konstantem gesellschaftlichen Engagement findet eine *Abwendung vom Ehrenamt* und eine *Hinwendung zum kurzzeitigen freiwilligen Engagement* statt.

Das aber heißt: Der traditionelle Verein, der strukturell auf dem Ehrenamt basiert, ist mit der Abwendung vom Ehrenamt gefährdet. Das neue Interesse am freiwilligen Kurzzeit-Engagement kann er nicht problemlos befriedigen, weil es dafür – eben wegen der fehlenden Bereitschaft zur längerfristigen Verpflichtung – einer zentralen, hauptamtlich gesteuerten Betriebsstruktur bedarf.

„Vorbei mit den Vereinen?“, fragt eben deshalb auch die Shell-Jugendstudie „Jugend '97“.

## 2.2. Wachsende Freizeit – weniger Ehrenamtliche: Warum?

So klar die hier vorgestellten Fakten und Tendenzen sind, so unklar ist ihre Bewertung. Denn der allgemein konstatierte *Verlust traditionaler Bindungen* kann zum einen als *Konsequenz* der gesellschaftlichen Entwicklung in Richtung auf *Individualisierung* und Pluralisierung von Lebenslagen gedeutet werden, zum anderen aber auch als *Verdruss an der verbandlichen Bürokratisierung und Verberuflichung* der Vereine.<sup>16</sup>

In jedem Falle haben wir bei der Bewertung unser neues Verhältnis zur Freizeit zu berücksichtigen, dem Bereich also, in dem vor allem das Ehrenamt ausgeübt wird.

In der Antike und auch noch im Mittelalter gab es für die arbeitenden Menschen nicht den Gegensatz von freier Zeit und Arbeitszeit. Vielmehr gab es den Klassengegensatz zwischen den nicht-arbeitenden freien Menschen und den arbeitenden Menschen bzw. den Sklaven, den lebenden Werkzeugen (griech. *organon*). Die Freiheit der freien Leute bestand darin zu *handeln*, d.h. Politik zu machen oder Krieg zu führen oder religiösen Aufgaben nachzukommen oder Sport zu treiben. Alle diese Tätigkeiten galten als *Müßig-Gang*, wobei Muße hier noch die frühere Bedeutung von „können“ und nicht von „müssen“ hatte.<sup>17</sup> Auf keinen Fall gehörte zu diesen Tätigkeiten, ein Gewerbe oder ein Handwerk zu betreiben, d.h. zu Hause (im *oikos*) zu *arbeiten* oder etwas *herzustellen*.<sup>18</sup>

Mit dem Aufkommen der bürgerlichen Gesellschaft wird das Arbeiten zum notwendigen Element eines freien Bürgers. Der Freiheitsgedanke wird jedoch noch für die freie Zeit aufbewahrt und im unentgeltlichen Ehrenamt konkretisiert: Unentgeltlich eben deshalb, weil nur ein solcher

---

16 Vgl. Wolfgang Streeck, Vielfalt und Interdependenz. Überlegungen zur Rolle von intermediären Organisationen in sich ändernden Umwelten, in: KZfSS, 39. Jg., 1987, Heft 3, S. 471-495, S. 482.

17 Vgl. Thorstein Veblen, Theorie der feinen Leute. Eine ökonomische Untersuchung der Institutionen, Frankfurt a.M. 1986 (1899).

18 Vgl. Hannah Arendt, Vita activa oder Vom tätigen Leben, München<sup>2</sup> 1981 (1958).

Bürger frei ist, der Besitz hat. Und wer Besitz hat, kann sein Ehrenamt frei und unentgeltlich ausüben.

Heute ist die freie Zeit zur Freizeit geronnen und von der Arbeit nicht mehr zu trennen. Sie dient vornehmlich dem Geld-Verdienen, dem Geld-Sparen oder dem Geld-Ausgeben, ist nicht mehr Müßig-Gang, sondern vor allem ein *Muss-Gang*. Wo soll da noch Zeit sein für ein Ehrenamt?

Allerdings: Keine Zeit zu haben, heißt bekanntlich, Zeit für etwas anderes zu haben. Dies wird schon daran erkennbar, dass Arbeitslose, denen es grundsätzlich nicht an Zeit fehlen dürfte, weniger ehrenamtlich tätig sind, während Frauen im Arbeitsprozess, die doch grundsätzlich weniger Zeit haben dürften, sich verstärkt ehrenamtlich engagieren. Wie in der Antike brauchen wir offenbar das Ehrenamt, um uns frei zu fühlen – wenn unsere gesellschaftliche Anerkennung durch Erwerbsarbeit gesichert ist. Was also ist zu tun?

### **3. Verein und Ehrenamt – Was ist zu tun?**

So unklar die Bewertung der klaren Tatsachen, so unklar die Beantwortung der Frage danach, was zu tun sei. Ist es klüger oder überhaupt noch angemessen, an die alten Bindungen zu appellieren – etwa unter Verweis darauf, dass den heutigen Älteren als einst Jüngeren doch auch einmal ehrenamtlich geholfen wurde („*neuer Generationenvertrag*“<sup>19</sup>)? Oder sollte man von vornherein fast alles auf die Dienstleistung, Verberuflichung und Professionalisierung setzen, wohl wissend,

- dass eine solche Strategie zur weiteren Verarmung der Beziehungen und zur Ausgrenzung der ärmeren Bevölkerungsgruppen führen muss,

---

<sup>19</sup> Vgl. Thomas Olk, Zwischen Hausarbeit und Beruf. Ehrenamtliches Engagement in der aktuellen sozialpolitischen Diskussion, in: Siegfried Müller / Thomas Rauschenbach (Hrsg.), Das soziale Ehrenamt. Nützliche Arbeit zum Nulltarif, München<sup>2</sup> 1992 (1988), S. 19-36, S. 36.

- 
- dass damit das vorhandene ehrenamtliche Engagement noch mehr sinken dürfte, weil ihm immer mehr die gesellschaftliche Anerkennung entzogen würde?

Ich möchte im Folgenden meine Vorstellungen in Form von drei Forderungen und vier Thesen kurz umreißen.

### **3.1. Alte Bindungen neu schaffen: Vereine re-lokalisieren**

Wenn wir insbesondere das *Sozialstaatspostulat* weiterhin ernst nehmen und die Ausgrenzung der ärmeren Bevölkerungsgruppen als den *Verlierern der Dienstleistungsgesellschaft* verhindern wollen, dann gilt es, *alte Formen gesellschaftlicher Bindungen und Verpflichtungen neu zu beleben* und im Hinblick auf das Gemeinwohl und den Hilfedanken auszugestalten. Hierbei kommt den Vereinen und der Vereinspädagogik neben der Familien- und Schulpädagogik eine herausragende Rolle zu.

Deren erste Aufgabe muss es sein, die lokale Beziehung der Bevölkerung und der Vereine im Stadtteil bzw. in der Gemeinde wieder bewusst zu machen und so zur Bildung einer *kommunalen Identität* beizutragen – einer kommunalen Identität in Differenz zur nationalen Identität.<sup>20</sup>

Deshalb lautet meine **erste These**:

*Die Entwicklung der Vereine hin zu verbandlicher Zentralisierung und betrieblicher Steuerung muss auf das Notwendige beschränkt bleiben. Die Basis der Vereine ist ihre lokale und kommunale Bindung.*

### **3.2. Alte Beziehungen neu schaffen: Mitgliedschaft und Ehrenamt**

Vor dem Hintergrund einer kommunalen Identitätsbildung ist es auf der Ebene des Vereins erforderlich, das Prinzip der Einheit von *Bildung* und *Beziehung* bzw. *Bindung* durch eine – grundsätzlich auch beitragspflich-

---

<sup>20</sup> Vgl. Helmut Richter, Sozialpädagogik – Pädagogik des Sozialen. Grundlagen – Institutionen – Perspektiven der Jugendbildung, Frankfurt a.M. u.a. 1998.

tige – *gemeinsame* freiwillige *Mitgliedschaft* und *wechselseitige Verpflichtung* im Verein zu begründen.

Entsprechend lautet meine **zweite These**:

*Die Krise des Vereins ist die Krise ihrer Mitgliederstruktur – Zurück zur Mitgliedschaft statt hin zur Kundschaft!*

Auf dieser Basis ist daran zu erinnern, dass es ein unbezahltes Ehrenamt nur deshalb einmal gegeben hat, weil die darin Tätigen offenbar schon genug Geld für ihre Lebenshaltung zur Verfügung hatten. Ist das heute nicht mehr der Fall, dann muss es möglich sein, hier steuerlich flexibel Abhilfe zu schaffen.

Deshalb meine **dritte These**:

*Das Ehrenamt von heute muss als unentgeltliches, aber im Rahmen des steuerfreien Einkommens pauschal honoriertes und unfallversichertes Ehrenamt ausgestaltet werden können.*

Die Höhe des steuerfreien Einkommens sollte dafür auf mindestens 200 Euro pro Monat heraufgesetzt werden. Der Zeitaufwand muss in der Form von „Zeitspenden“ angerechnet werden können. Niemand darf durch die Ausübung eines Ehrenamtes finanziell benachteiligt werden.

### **3.3. Neue Motivationen schaffen: Weniger Zeit – mehr Mitbestimmung**

Die Übersicht über die Erwartungen an die ehrenamtliche Tätigkeit hat gezeigt, dass sie weitgehend eingelöst werden. Bei den Problemen, aufgrund derer man eine ehrenamtliche Tätigkeit beendet hat, wie auch bei den Hinderungsgründen für ein Ehrenamt spielt der Zeitfaktor die größte Rolle. Zu beachten ist bei den Beendigungsfaktoren aber auch die Enttäuschung darüber, dass man die eigenen „*Vorstellungen nicht verwirklichen*“ konnte und „*Schwierigkeiten mit Hauptamtlichen*“ hatte.

Deshalb lautet meine abschließende **vierte These**:

*Zur Verringerung des Zeitaufwandes für das Ehrenamt müssen gegebenenfalls auch Hauptamtliche tätig werden: Ehrenamt so weit wie möglich, Hauptamt so weit wie nötig. Die Kooperation unter den Ehrenamtlichen und mit den Hauptamtlichen muss in Form einer demokratischen Mitbestimmung erfolgen.*

Der durchschnittliche Zeitaufwand für die Ausübung eines *sozialen* Ehrenamtes liegt zur Zeit bei etwa 20 Wochenstunden, im Sportbereich bei vier Wochenstunden.<sup>21</sup> Er sollte grundsätzlich deutlich unter der Höchstzeit für die Ausübung einer Nebentätigkeit liegen, das heißt deutlich unter einem Drittel der üblichen Arbeitszeit einer Vollzeitkraft, also deutlich unter 13 Stunden. Denn: Auch Hauptamtliche sollten schon im Interesse ihrer Glaubwürdigkeit ausreichend Zeit für ein eigenes ehrenamtliches Engagement haben.

---

21 Antwort der Bundesregierung (vgl. Fußnote 2), S. 15.



Renate Schmidt

## **Solidarität im 21. Jahrhundert – Der Beitrag der Familie**



Ich freue mich, dass Familienpolitik mittlerweile in Deutschland einen solchen Popularitätsschub bekommen hat, wie ich es in den jetzt gut 20 Jahren meiner hauptberuflichen politischen Tätigkeit noch niemals erlebt habe. Dafür gibt es viele Indizien, nämlich dass Veranstaltungen zu den ungewöhnlichsten Tages- und Jahreszeiten ausgesprochen gut besucht sind. Ich habe im letzten Jahr mit 250 Leuten besetzte familienpolitische Veranstaltungen bei Gluthitze und strahlendem Sonnenschein am Sonntagvormittag um 11.00 Uhr

durchgeführt, und die Teilnehmer haben trotzdem gut und lange mitdiskutiert.

Die Tatsache, dass der Bundeskanzler über Familienpolitik ganzseitige Artikel in überregionalen Wochenzeitungen schreibt und die Wochenzeitungen kontinuierlich berichten und immer neue Aspekte bringen – man kommt kaum mehr nach, das zu lesen –, ist hoch erfreulich. Ebenso, dass urplötzlich in politischen Gremien die Männer nicht gelangweilt in ihren Unterlagen blättern und sich leise unterhalten, wenn Frauen über Familie diskutieren, sondern bei diesem ehemaligen „Wehweh-Thema“ – so habe ich es in meinem Buch „SOS Familie“ genannt –, bei diesem weichen Weiberthema plötzlich interessiert mitdiskutieren und eigene Vorschläge haben, ist etwas Neues und sehr positiv zu bewerten. Was ist passiert? Ist

urplötzlich der große Knopf aufgesprungen? Dieser Befund hat selbstverständlich Gründe. Es sind in meinen Augen im Wesentlichen vier:

Der *erste Grund* ist wie so häufig ein ökonomischer: Die Wirtschaft beklagt zu Recht, dass trotz leider noch zu hoher Arbeitslosigkeit ein eklatanter Fehlbedarf an Fachkräften besteht und sagt, diese Fachkräfte wären doch eigentlich da in der am besten ausgebildeten Frauengeneration, die es jemals in Deutschland – und in ganz Europa selbstverständlich auch – gegeben hat. Aber Frauen sind, sobald sie Kinder haben, teils unfreiwillig, damit beschäftigt, ihre Kinder ganztags zu betreuen, soweit sie klein sind, oder am Nachmittag, wenn die Kinder in Schule oder Kindergarten gehen. Und dieses ist der Grund, der vor allen Dingen die Frauen betrifft.

Der *zweite Grund* betrifft vor allen Dingen die Kinder. Er ist mir besonders wichtig. Es geht um die Tatsache, dass seit Pisa – wir könnten es schon ein bisschen länger wissen, schon seit der TIMSS-Studie, die drei Jahre vorher auf dem Markt war – alle vergleichenden Bildungsstudien zu dem Ergebnis kommen, dass bei uns in Deutschland der Bildungsstandard nicht mehr so ist wie er sein sollte. Wir sind von einem guten oberen Platz auf einen Mittelplatz, teilweise einen schlechten Mittelplatz bei der Bildung abgerutscht. Das ist der Grund, der vor allen Dingen die Kinder betrifft.

Und dann kommt der *dritte Grund*. Das ist ein „weicher“ Grund, der die Gefühle der Menschen betrifft. Ich glaube, dass in den Zeiten, in denen wir leben, nämlich in Zeiten ungeheurer Veränderungen und Unübersichtlichkeit, das Bedürfnis nach einem festen Ankerpunkt, nach Stabilität und Geborgenheit steigt. Das Bedürfnis nach Familie steigt, weil Stabilität und Geborgenheit für die meisten Menschen mit dem Wort Familie verbunden sind. Wir haben in den letzten 18 Jahren eine ungeheure Zunahme bei der Zustimmung zur Familie zu verzeichnen. Von 1980 bis 1998 ist die Akzeptanz von Familie auf 97 Prozent in der Bevölkerung gewachsen, und bei den jungen Menschen sind es 80 Prozent, die sagen, wir wollen einmal selber Familie haben. Ich werde darauf noch kurz zurückkommen.

Und der *vierte Grund* ist wiederum einer, der uns alle betrifft. Es ist ein ganz „harter“ Grund: Wir haben eine dramatisch schlechte Bevölkerungsentwicklung. In Deutschland sieht es noch ein bisschen schlechter aus als in anderen europäischen Ländern – aber die Entwicklung ist überall nicht gerade besonders gut. Zur Charakterisierung dieser Bevölkerungsentwicklung will ich nur eine Zahl nennen: Wir haben heute 37 Millionen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in der Bundesrepublik Deutschland. Wir werden im Jahr 2040 bei unveränderter Bevölkerungsentwicklung – die eher etwas schlechter wird als besser – nur noch 24 Millionen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer haben, und davon wird die Hälfte älter als 45 Jahre sein.

Wir brauchen uns nur einmal vorzustellen, wie es mit unserem eigenen Alter aussieht. Ich habe die feste Absicht, einmal 98 Jahre alt zu werden. Wenn ich 98 bin, ist meine älteste Tochter 80, mein ältester Sohn 78 und mein jüngster Sohn 72 Jahre alt. Sie werden mich dann nach menschlichem Ermessen nicht pflegen. Wir werden aber garantiert nicht von Aktiendepots – die ich auch gar nicht habe – gepflegt werden können und auch nicht von Sparstrümpfen und auch nicht von Immobilien und auch nicht von sonstigem Vermögen, was wir vielleicht angehäuft haben. Dazu brauchen wir real existierende Menschen.

Und wenn jemand behauptet, wir könnten diese Lücke, die wir dann haben werden, ausschließlich durch Zuwanderung auffüllen, dann sage ich schlicht und einfach: Das ist eine Illusion. Zuwanderung wird es als geregelte Zuwanderung in einem schmalen Bereich geben und geben müssen, das ist richtig, aber nicht in der Größenordnung von mehreren Millionen Menschen.

Die genannten vier Gründe führen zum Umdenken. Und deshalb hat Familienpolitik heute Konjunktur.

Ich will Sie nun nicht mit einem Bericht darüber langweilen, was in dieser Legislaturperiode für Familien insbesondere auf Bundesebene, alles geschehen ist, angefangen von Kindergelderhöhungen über Erziehungsgelderhöhungen und vieles andere mehr. Ich möchte einige grundsätz-

liche Erkenntnisse, die sich, Gott sei Dank, auch in meiner Partei breit gemacht haben und die mir besonders wichtig sind, vorstellen.

### **1. Familienpolitik ist ein eigenständiger Politikbereich und gleichzeitig mit nahezu allen anderen Politikbereichen vernetzt**

Familienpolitik ist nicht nur mit Gleichstellungspolitik vernetzt, sondern mit Bildungspolitik, mit Wirtschaftspolitik, ja sogar mit Verteidigungspolitik, wenn wir uns z.B. an die Diskussion über die Wehrpflicht erinnern.

Familienpolitik ist ein eigenständiger Politikbereich, in dessen Mittelpunkt die Interessen von Kindern und ihren Eltern zu stehen haben. Und Gleichstellungspolitik ist ein eigenständiger Politikbereich, in dem insbesondere die Interessen von Frauen im Mittelpunkt stehen, und zwar unabhängig davon, ob sie Kinder haben oder nicht, ob sie jung sind oder alt, ob sie Rentnerinnen sind oder Auszubildende. Es stehen also immer wieder andere Interessen im Mittelpunkt, die sich teilweise überschneiden, die manchmal sogar deckungsgleich sind, sich hin und wieder aber auch widersprechen.

### **2. Es muss uns insgesamt, und zwar allen Volksparteien, um alle Familien gehen, und nicht nur um eine besondere Art der Familie**

Manchmal hat die SPD den Eindruck erweckt – ohne dass das konkrete Handeln in dieselbe Richtung gegangen wäre –, als ob wir für alle Mühsal und alles Beladensein in der Familie zuständig sind, und die Union ist für die herkömmliche Familie zuständig und für das Glück und die Geborgenheit. Diese Art der Arbeitsteilung ist nicht meine. Wir wissen heutzutage, dass nach wie vor 78 Prozent aller Kinder in einer ganz herkömmlichen Familie (leiblicher Vater, leibliche Mutter und eventuell Geschwister) aufwachsen. Aber das darf uns nicht den Blick dafür verstellen, dass die Zahl der Ein-Eltern-Familien, also der Alleinerziehenden zunimmt, dass die Zahl der „Stieffamilien“ zunimmt, dass die Zahl der so

genannten Patchwork-Familien zunimmt („meine Kinder, deine Kinder, unsere Kinder“). Diese Tendenz nimmt zu. Wir als Politiker haben nicht vorzuschreiben, wie Menschen leben sollen, sondern wir haben die Rahmenbedingungen zu schaffen, damit Menschen so leben können, wie sie es selber wollen (oder auch müssen), wie ihre Lebenssituation es verlangt. Und deshalb ist Familienpolitik auch eine Politik für die wirkliche Mitte der Gesellschaft und ein ganz zentraler Politikbereich. Für mich ist sie einer der zentralen Politikbereiche der Gesellschaftspolitik mindestens der nächsten zehn Jahre und ein wesentliches Thema auch für die Bildungspolitik und andere Politikbereiche.

### **3. Familienpolitik ist Zukunftspolitik**

Ich wünsche mir, dass wir jetzt nicht mehr die Schlachten von gestern und vorgestern schlagen. Ich stelle mit dem, was ich im Folgenden sage, niemals das Lebensmodell in Frage, das ich auch selber präsentiere: das Lebensmodell einer Frau in meinem Alter, 58 Jahre, die drei Kinder großgezogen hat, zu Hause geblieben ist, weil ihr gar nichts anderes übrig blieb, weil es keine Betreuungseinrichtungen gegeben hat, und die jetzt mit ihrem Mann, weil die Kinder aus dem Haus sind, alleine zusammenlebt. Das werde ich niemals in Frage stellen, diese Frau hat meinen Respekt. Aber ich sage: Andere Lebensmodelle haben auch ihre Berechtigung. Und wir müssen heute schauen, welche Wünsche und welche Forderungen haben eigentlich die Familien in ihrer jetzigen Lebenssituation und wie sieht es für sie in absehbarer Zeit aus? Welche Forderungen stellen sie an die Politik?

### **4. Familien sind nicht Objekte öffentlicher Fürsorge**

Sie müssen nicht „betüttelt“ werden. Familien sind Leistungsträger dieser Gesellschaft, und zwar in jeder Hinsicht. Sie sind Leistungsträger im materiellen Bereich. Aus Familien heraus werden die meisten direkten Steuern, also Einkommensteuer, Lohnsteuer, und die meisten indirekten Steuern, also die Verbrauchsteuern gezahlt. Und aus Familien heraus wird die meiste ehrenamtliche Arbeit in dieser Gesellschaft geleistet. Wenn

man sich einmal den Familienstatus z.B. von Vereinsmitgliedern anschaut, wird man also feststellen, dass der allergrößte Teil von ihnen aus einer Familie kommt. Und wenn man sich die übrige ehrenamtliche Arbeit anschaut, die nicht in Vereinen geleistet wird, dann stimmt das umso mehr.

### **5. Familie bedeutet für ihre Mitglieder Stabilität, Geborgenheit, Zusammenhalt untereinander, aber auch Zusammenhalt mit der Gesellschaft**

Manchmal allerdings wird Familie auch als eine Institution wahrgenommen, die gegen eine als feindlich empfundene Gesellschaft ankämpfen muss. Und in der Familie werden zuallererst von den Kindern soziale Kompetenzen erlernt und der Grundstein für späteres Engagement in dieser Gesellschaft gelegt. Für Kinder in Familien, in denen solche Kompetenzen nicht vermittelt werden, ist es schwierig, diese dann später nachzuholen.

Wo aber stehen wir eigentlich in der Familienpolitik heute in der Bundesrepublik Deutschland?

Ich behaupte, Deutschland ist ein familienpolitisches Entwicklungsland, wenn wir uns in der Europäischen Union mit anderen Ländern vergleichen. Das liegt nicht in erster Linie am Geld, in mancher Hinsicht auch am Geld, aber eben nicht in erster Linie. Wir geben gar nicht so wenig für Familien aus. Letzthin hat das Institut für Weltwirtschaft in Kiel eine Studie erstellt, die zu dem Ergebnis kommt, dass – zum damaligen Zeitpunkt – insgesamt in Deutschland von allen Gebietskörperschaften 328 Milliarden Mark für Familien ausgegeben wurden. Und von diesen 328 Milliarden entfallen 60 Prozent auf direkte materielle Transfers: Kindergeld, Erziehungsgeld, Mutterschaftsgeld, Anerkennung in der Rentenversicherung usw. 40 Prozent dieses Blocks entfallen auf den Faktor Betreuung und Schule.

Ich hatte im letzten Jahr Gelegenheit, jeweils einen Tag in Stockholm, in Kopenhagen und in Paris zu sein und mich dort bei den Familieninsti-

---

tutionen umzusehen. Der Vergleich mit Schweden sieht folgendermaßen aus, wobei das bei den anderen Ländern nicht so sehr viel anders ist: Schweden ist gut ein Zehntel so groß wie die Bundesrepublik Deutschland. Wir haben 82 Millionen Einwohner, Schweden hat 8,8 Millionen. Und in Schweden wird auch gut ein Zehntel dessen für Familien ausgegeben, was in Deutschland dafür ausgegeben wird, also pro Kopf der Bevölkerung eine annähernd gleiche Summe, nämlich insgesamt 34 Milliarden Mark im selben Zeitraum. Nur wird in Schweden dieses Geld vollkommen anders ausgegeben: 72 Prozent entfallen dort auf den Faktor Betreuung und Schule und nur 28 Prozent auf direkte materielle Transfers. Vor allen Dingen Kindergeld und Steuererleichterungen kennt man dort in diesem Zusammenhang überhaupt nicht. Und es gibt ein deutlich besseres Erziehungsgeld. Das ist der einzige Punkt, wo die Schweden besser sind als wir, weil das Erziehungsgeld dort aber Lohnersatzfunktion hat. Und dennoch gibt es in Schweden eine höhere Geburtenrate und – was mir besonders wichtig ist – weniger Kinderarmut, obwohl die materiellen Transfers deutlich niedriger sind.

Wir zahlen in Deutschland mittlerweile das höchste Kindergeld in der Europäischen Union. Bei uns gibt es mit 42 Prozent den größten Abstand zwischen einem Durchschnittsverdiener, der Alleinverdiener ist, eine Frau und zwei Kinder hat, und einem gleich verdienenden Single. Nur noch Österreich und Belgien kommen dem nahe. Und trotzdem ist bei uns ein höherer Prozentsatz von Kindern von Armut betroffen als in anderen Ländern. Eine weitere Zahl ist hier von Interesse: Eine Studie der Universität Frankfurt kommt zu dem Ergebnis, dass es in Deutschland 155 unterschiedliche materielle Leistungen für Familien in unterschiedlichen Lebenssituationen gibt, und die werden von 38 unterschiedlichen Behörden verwaltet. Da soll sich noch irgendjemand auskennen.

Aus all diesen Gründen kommt auch der Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung, der das erste Mal vorgelegt worden ist, zu dem richtigen Fazit: Familien sind nicht wegen der Kinder arm, sondern sind deshalb arm, weil die Eltern aufgrund der Rahmenbedingungen nicht erwerbstätig sein können. Und die Konsequenz daraus ist, dass wir in Deutschland eine der niedrigsten Erwerbsbeteiligungen von Frauen haben. Mit 62 Prozent der Frauen liegen wir in der EU an viertletzter Stelle,

unterboten nur noch von Griechenland, Spanien und Italien. Und wir haben mittlerweile auch die zweitniedrigste Geburtenrate mit 1,3 Geburten pro Frau mit sinkender Tendenz. Es zeigt sich also folgender Zusammenhang: Je höher die Geburtenrate, desto höher die Erwerbsbeteiligung von Frauen. Dass das – mit einer einzigen Ausnahme – derartig korreliert, habe ich, bevor ich mich im Detail damit befasst habe, so deutlich nicht gewusst.

Die Kinderlosigkeit in Deutschland ist höher als in anderen Ländern, bei uns liegt sie derzeit bei 25 Prozent mit steigender Tendenz. In Frankreich, in den skandinavischen Ländern liegt Kinderlosigkeit bei rund 10 Prozent. Und das ist ja auch kein Wunder. Denn was wollen junge Menschen heute, und zwar junge Frauen und junge Männer gleichermaßen, in der Hauptsache? Sie wollen einen Beruf erlernen, in diesem Beruf möglichst Erfolg haben, und das gilt für beide Geschlechter unterschiedslos. Und sie wollen – das sagen auch wiederum beide Geschlechter unterschiedslos – zu 80 Prozent, also in ihrer großen Mehrheit, später einmal einen Partner bzw. eine Partnerin kennen lernen, wollen heiraten oder auch nicht und wollen Kinder haben

Dass die Frauen auch in diesem Ausmaß erwerbstätig sein wollen, ist – wie gesagt – kein Wunder. Die am besten ausgebildete Frauengeneration möchte endlich vernünftige Lebensmodelle angeboten bekommen. 55 Prozent der heutigen Abiturienten sind weiblich, 52 Prozent der Studienanfänger und immer noch 46 Prozent der Studienabsolventen sind Frauen.

Welches Lebensmodell wird diesen Frauen angeboten? Nach dem Studium oder nach der beruflichen Ausbildung ein paar Jahre erwerbstätig sein, dann tickt die biologische Uhr, und dann muss man sich entscheiden: Kinder ja oder nein. Und wenn man sich für Kinder entscheidet, bedeutet das schlicht und einfach erst einmal raus aus dem Erwerbsleben für mindestens drei Jahre. Dann muss man schauen, ob man in Westdeutschland – hier beziehe ich mich ausschließlich auf Westdeutschland – einen der raren Ganztagskindergartenplätze bekommt – im Regelfall nicht, weil wir so gut wie keine haben. Nehmen wir aber einmal an, man bekommt einen. Dann darf man ein paar Jahre wieder erwerbstätig sein,

und dann kommt die Schule, und dann darf man wieder raus, weil man nämlich am Nachmittag die Nachhilfelehrerin und die Taxifahrerin der Kinder zu deren Freizeitbeschäftigungen ist.

Selbst Ganztagskindergärten, um das auch anschaulich zu machen, sind bei uns in Westdeutschland häufig so strukturiert: Früh bis um 8.00 Uhr kann man die Kinder bringen oder gar erst um 8.30 Uhr oder 9.00 Uhr; und dann muss man die Kinder zwischen 11.30 Uhr und 12.00 Uhr oder spätestens um 12.30 Uhr abholen; ganztags bedeutet, dass man die Kinder um 14.00 Uhr wieder bringen darf und sie um 16.00 Uhr wieder holen muss, nur damit die armen Kleinen zu Hause die aufgemachte Dose Ravioli oder die aufgewärmten Fischstäbchen essen können. Wenn mir jemand erzählt, dass er jeden Mittag ein vollwertiges Essen kocht, sage ich als begeisterte Köchin: Das glaube ich schlicht und einfach nicht, vor allen Dingen nicht, wenn mehrere Kinder da sind, die dann auch noch zu unterschiedlichen Zeiten nach Hause kommen. Die Frauen in anderen Ländern Europas fragen uns, ob bei uns noch alles richtig tickt, ob wir noch alle Tassen im Schrank haben. Die glauben nicht, dass das so möglich ist, und zwar ganz unabhängig davon, ob sie aus konservativen oder aus sozialdemokratischen Parteien kommen. Keiner glaubt uns, dass das bei uns in einem modernen Land so gehandhabt wird, wie es tatsächlich der Fall ist.

Die Konsequenz davon ist, dass mittlerweile 30 Prozent des Geburtsjahrgangs 1965 – das sind die heute 36- bis 37-Jährigen – kinderlos sind und 41 Prozent der Akademikerinnen in Deutschland ebenfalls. Das ist übrigens auch eine bildungspolitische Katastrophe, weil die Familien, in denen Bildung der Normalfall ist, wo man die Kinder also nicht erst an Bildung heranzuführen muss, in erster Linie zu den Kinderlosen gehören. Das wirkt sich natürlich auch auf das Bildungsverhalten der nächsten Generation aus.

Und nun komme ich zu den Bausteinen für eine Familienpolitik, wie sie eigentlich sein sollte. In der letzten Legislaturperiode ist schon einiges getan worden. Immerhin wurden 13 Milliarden Euro zusätzlich für Familien insgesamt investiert, und dies in einer Zeit, wo eigentlich gespart werden muss. Da kann man vor dem Hintergrund dessen, was ich gerade

gesagt habe, fragen: Haben wir das Thema damit auf der Bundesebene verfehlt? Ich betone noch einmal: Es gibt hier Zuständigkeiten. Der Bund ist für die materielle Förderung der Familien zuständig, Länder und Kommunen für Betreuung und Schule.

Wir müssen, wenn wir Bausteine für eine Familienpolitik entwickeln wollen, sehen, dass es heute vor allem zwei Bedürfnisse gibt: Es gibt nach wie vor das Bedürfnis der Familien nach Geld, nach vernünftigen materiellen Rahmenbedingungen. Aber das andere Bedürfnis ist in der Zwischenzeit ein mindestens genauso großes, wenn nicht größeres, nämlich das Bedürfnis nach Zeit. Zeit ist ein wirklicher Schlüsselbegriff für Familienpolitik. Und wenn man sich jetzt die Studien von Familienministerin Christine Bergmann und anderen anschaut, dann wird das Thema Geld praktisch überhaupt nicht genannt. In der Brigitte-Studie sagen gerade mal 16 Prozent der befragten Mütter, dass sie auch im Bereich Geld Handlungsbedarf sehen. 84 Prozent reden über Zeit in den unterschiedlichsten Formen, dass sie mehr Zeit für ihre Kinder brauchen, dass sie Zeit für sich selbst brauchen, dass sie Zeit für Betreuung brauchen. Zeit ist also eines der Schlüsselworte für Kinder. Und das ist auch kein Wunder, denn Kinder brauchen Geborgenheit und Verlässlichkeit. Sie brauchen andere Kinder. Sie brauchen zufriedene Eltern. Sie brauchen Zeit mit diesen Eltern. Sie brauchen eine gute Bildung und Ausbildung, vernünftigen Wohnraum und Spielplätze.

Und junge Menschen wollen Kinder und Zeit für diese Kinder, Zeit aber auch für den Beruf und Zeit für sich selbst. Und deshalb brauchen wir eine neue Balance zwischen Familie und Arbeitswelt, damit Kinder und Erwerbstätigkeit besser miteinander vereinbart werden können. Deshalb müssen wir in Westdeutschland vor allen Dingen die miserable – ich sage es jetzt wirklich in aller Deutlichkeit – die miserable Betreuungssituation, die Schlusslichtposition in Europa endlich verlassen und wenigstens in ein vernünftiges Mittelfeld aufrücken.

Wir haben für die Kleinsten lediglich fünf Prozent Krippenplätze. Fünf Prozent! In meinem Heimatland Bayern sind es 1,4 Prozent. Wir haben aber 19 Prozent Alleinerziehende. Das heißt rein rechnerisch, wenn wir jeden Krippenplatz einer allein erziehenden Mutter geben, dann sind immer

---

noch 14 Prozent ohne Betreuungsmöglichkeit. Und das heißt, wir schubsen sie zuerst in die Sozialhilfe, um sie dann nach einiger Zeit mühsam aus der Sozialhilfe wieder herauszuholen. Wir sind durch die schlechte Betreuungssituation die Verursacher, dass Armut insbesondere bei Alleinerziehenden überhaupt erst entsteht. Das ist einer der wichtigsten Befunde. Der Vergleich mit anderen Ländern zeigt: in Skandinavien, in Frankreich sind Versorgungsgrade zwischen 30 und 50 Prozent bei den Krippenplätzen der Normalfall. Und man könnte grün und blau werden vor Neid, wenn man sieht, dass in Schweden in einer Kinderkrippe für 2,5 Kinder eine erwachsene Betreuungsperson zur Verfügung steht. Da braucht man sich dann keine Sorgen mehr zu machen. Diese Länder sind übrigens nicht reicher als wir, sondern die setzen nur andere Prioritäten, die wir bei uns endlich auch setzen müssen.

Zu Kindergärten und Ganztagskindergärten habe ich das Notwendige schon gesagt. Der Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz ist meistens – wenn auch nicht immer – erfüllt. Wir haben aber viel zu wenige Ganztagskindergartenplätze. Und bei Ganztagschulen sieht es ebenfalls in ganz Deutschland absolut mau aus. Wir haben in den Bundesländern zwischen 0,3 Prozent im Freistaat Bayern und bestenfalls 10 Prozent zum Beispiel in Nordrhein-Westfalen und künftig in Rheinland-Pfalz (die bald sogar noch mehr haben werden) Ganztagschulen. Dabei sind die Sonderschulen jetzt nicht mitgerechnet, weil diese einen Sonderstatus haben.

Wir müssen also vor allen Dingen an dieser Situation etwas ändern. Die Länder und Kommunen sind hier gefordert, aber auch die Bundesebene wird an dieser Stelle etwas Zusätzliches tun. Der Bundeskanzler hat gesagt, er will in der nächsten Legislaturperiode pro Jahr eine Milliarde Euro, also vier Milliarden insgesamt, den Ländern für Ganztagschulen zur Verfügung stellen und ihnen dann auch Freiräume verschaffen, damit sie in anderen Betreuungseinrichtungen Zusätzliches tun können. Das ist eine gewaltige Kraftanstrengung, die hier auf die öffentlichen Haushalte zukommt. Das muss dann auch mit neuer Prioritätensetzung verbunden sein.

Aber es geht mir nicht darum, nur staatliche Betreuungseinrichtungen zu finden, sondern es geht mir auch um den anderen Aspekt, nämlich Zeit

für Kinder zu haben, also Kinder nicht aus dem Erwerbsleben wegzurationalisieren, sondern sie – wenn man so sagen will – zu integrieren. Dabei sind natürlich auch Arbeitgeber und Gewerkschaften gefordert. Wir möchten das Thema Familienpolitik – und stoßen damit auch schon auf positive Resonanz – zum Thema des Bündnisses für Arbeit machen. Zielsetzung ist dabei, familienfreundlichere Arbeitszeiten und Teilzeitbeschäftigung auch in qualifizierten Tätigkeiten einzuführen, und zwar auch für Männer, ohne dass diese – wie die Frauen übrigens auch – dann jeglichem beruflichen Erfolg abschwören müssen.

Ich frage mich manchmal, was das für eine Gesellschaft ist, die Menschen, die sich um ihre Kinder kümmern, anschließend die Qualifikationen abspricht, nämlich insbesondere den Müttern sagt: Wenn Ihr nach der Phase, wo Ihr Euch um Eure Kinder gekümmert habt, wieder in den Beruf kommt, dann werdet Ihr wieder „eingegliedert“. Also wenn ich schon dieses vermaledeite Wort der „Wiedereingliederung“ höre! Waren wir als Mütter denn auf einem anderen Planeten? Sind wir ein bisschen blöde geworden, weil wir uns um unsere Kinder gekümmert haben? Was ist da eigentlich los? Es ist doch eine höchst anspruchsvolle Tätigkeit, sich um Kinder zu kümmern, sie zu erziehen, das alltägliche Chaos in einer Familie zu organisieren, unterschiedliche Interessen unter einen Hut zu bringen. Und davon kann ich ein Lied singen, was das bedeutet. Diesen Frauen dann die Qualifikationen abzusprechen und sie wieder ganz vorne anfangen zu lassen, ist in meinen Augen ein Skandal in dieser Gesellschaft. Und darum sind übrigens auch Männer nicht bereit, sich ausreichend um ihre Kinder zu kümmern.

Es geht also um familienfreundlichere Arbeitszeiten. Es geht darum, dass Teilzeitbeschäftigung nicht karriereschädlich sein darf. Es geht darum, dass Männer/Väter Elternzeit in Anspruch nehmen können, ohne dass sie deshalb diskriminiert werden, was leider Gottes immer noch der Fall ist. Es geht um Karrieremöglichkeiten jenseits des 40. Lebensjahres. Das ist für mich etwas ganz Wichtiges, damit es sich nicht bis in alle Ewigkeiten fortsetzt. Wir haben immer noch die Illusion, dass die Familie heute so ist, wie sie vor 30, 40 oder 50 Jahren war. Der Vater arbeitet das ganze Leben lang, möglichst bei einem Arbeitgeber. Und die Mutter ist zu Hause und kümmert sich um die Kinder. Saldo, die Familien gibt es noch, aber nur in

Ausnahmefällen. Ansonsten schaut Familie heute doch anders aus. Und dennoch tun wir so, als ob alles, was ein menschliches Leben ausmacht, bis zum 40. oder 45. Lebensjahr bewältigt sein muss, also: Berufsausbildung abschließen, Karriere machen, Familie gründen, Haus bauen, Apfelbaum pflanzen – alles, was man sich so für sein Leben vorgestellt hat. Alles – und dann sinkt man mit 45 Jahren leicht erschöpft möglichst in den Chefsessel; und dann passt man auf, dass in den nächsten zehn Jahren möglichst nichts geschieht; und mit 55 wird man zwangsweise frühverrentet, ob man will oder nicht. Und dann darf man sich auf Rentnerfahrten zwischen Schweinsbraten und Rehbraten entscheiden.

Da frage ich mich manchmal, ob das eigentlich die richtige Lebensperspektive ist. Das ist doch absurd! Wenn ich lese, dass in 60 Prozent aller deutschen Unternehmen kein Arbeitnehmer und keine Arbeitnehmerin mehr jenseits des 55. Lebensjahres beschäftigt ist, muss ich sagen: Da schneiden sich die Unternehmen ins eigene Fleisch, wenn sie die Kompetenzen dieser Menschen nicht nutzen. Das bedeutet dann nämlich auch, dass diese mittlere Generation zwischen den längeren Ausbildungszeiten – sagen wir mal, zwischen 20 und 25 Jahren bis zum 55. Lebensjahr, also 30 Jahrgänge, dafür zuständig und materiell verantwortlich gemacht wird für alle, die davor kommen, und für alle, die älter sind. Das geht nicht. Und deshalb glaube ich, dass eine Diskussion über die Heraufsetzung des Rentenalters absurd ist. Ich möchte endlich wieder, dass das Rentenalter, das tatsächliche Rentenalter und das, was auf dem Papier steht, übereinstimmen. Und dann können auch Männer nach dem 40. Lebensjahr Karriere machen und sich vorher genauso wie die Mütter um ihre Kinder kümmern.

Noch ein paar Worte zur materiellen Situation. Natürlich muss sie nach wie vor berücksichtigt werden. Ich halte es nicht für richtig, dass 75 Prozent der Kinderkosten von den Eltern getragen werden. So ist es nämlich derzeit. Wir müssen diesen Prozentsatz schrittweise senken, zum Beispiel durch die Anhebung des Kindergeldes, durch bessere steuerliche Regelungen und Ähnliches. In Zeiten knapper Kassen muss man aber Prioritäten setzen. Und die erste Priorität muss bei der Verbesserung der Betreuungssituation liegen und die zweite Priorität dabei, Kinder aus der Armut zu bringen, vor allen Dingen die Kinder von Eltern, die erwerbstätig

sind. Immerhin beziehen 25 Prozent der erwerbstätigen Eltern Sozialhilfe. Die müssen raus aus der Sozialhilfe. Man muss den Alleinerziehenden helfen. Man muss ein Äquivalent schaffen für das, was jetzt durch die Bundesverfassungsgerichtsentscheidung und die Abschaffung des Haushaltsfreibetrags geschehen ist. Man muss versuchen, das in einer vernünftigen Form, zum Beispiel bei der Anerkennung von Betreuungskosten, auszugleichen. Wir müssen neue Instrumente finden. Wir dürfen nicht zulassen, dass 1 Million Kinder in unserem Land von der Sozialhilfe lebt. Dazu glaube ich, brauchen wir neue Instrumente. Ein richtiger Schritt wäre z.B., dass wir diesen Wirrwarr mit den 155 unterschiedlichen Familienleistungen, den ich vorhin geschildert habe, abschaffen. Wir sollten die Umstrukturierung der Bundesanstalt für Arbeit zum Anlass nehmen, um die Kindergeldkasse dort herausnehmen und sie zu einer Anlaufstelle für die Familien zu machen, wo sie umfassend erfahren können, was ihnen materiell in unserem Land eigentlich zusteht.

Aber das alles wird nichts werden, wenn wir nicht einen dauernden Druck ausüben – nur eine gelegentliche Berichterstattung, eine Diskussion, ein Abschieben auf die öffentliche Hand allein reicht nicht aus. Wir brauchen einen Mentalitätswechsel für eine kinder- und familienfreundliche Gesellschaft. Wir brauchen eine Allianz für die Familie. Wir brauchen überall Diskussionen, insbesondere auf der lokalen Ebene, wo die Frage zu beantworten ist: Was muss denn in unserer Stadt geschehen, damit wir eine familienfreundliche Stadt werden? In meiner Heimatstadt Nürnberg haben wir so etwas. In jeder Stadt sollte ein Bündnis für Familie, eine Allianz für Familie bestehen.

Wir brauchen auch Kinderverträglichkeitsprüfungen. Wir müssen sehen, wie sich Gesetze und Verordnungen auf Kinder und ihre Familien auswirken. Ich kann nicht verstehen, warum zum Beispiel eine technische Anleitung Kinderlärm genauso bewertet wie Verkehrslärm oder Emissionen von Maschinen. Das sind ganz wichtige Unterschiede. Wir dürfen vor allen Dingen nicht zulassen, dass es in der Familienpolitik ein Gegenüber von Kinderhabenden und Kinderlosen gibt. Das werde ich nicht mitmachen. Es gibt gute Gründe, keine Kinder zu haben. Es gibt Menschen, die können keine Kinder bekommen, und die haben unser Mitgefühl und nicht unsere Kritik verdient. Und es gibt Menschen, die haben

sich bewusst dafür entschieden, keine Kinder zu haben. Und das kann manchmal sinnvoller sein als sieben, acht oder zehn Kinder in die Welt zu setzen und sich um keines zu kümmern. Es geht nicht um dieses Gegeneinander, von dem übrigens die Chatrooms im Internet bersten. Wenn man dort nachliest und sich anschaut, was dort bei Kinderlosen gegen Kinderhabende los ist, was dort passiert, wenn behauptet wird, dass die Mütter, die erwerbstätig sind, die Rabenmütter sind, und diejenigen, die zu Hause sind, die dummen Puttchen, die Nur-Hausfrauen – dann kann man nur feststellen: die alten Diskussionen! So etwas führt nur dazu, dass die Gesellschaft gespalten wird und im Bereich des notwendigen Handelns nichts passiert. Wir müssen – egal, ob wir Mütter sind, die erwerbstätig sind, oder Mütter sind, die zu Hause bleiben – gemeinsam fordern, was sich verbessern muss und uns nicht untereinander bekriegen und so dafür sorgen, dass am Ende überhaupt nichts passiert.

Familienpolitik darf die Gesellschaft nicht spalten. Sie muss sie zusammenführen, weil sie nur so einen Beitrag zur Erneuerung und zum Zusammenhalt leistet. Irgendwann wird vielleicht allen in unserer Gesellschaft aufgehen, dass wir ohne Kinder ganz schön alt aussehen.



Michael Corsten

## Lebensverläufe und sozialer Wandel



Die Konferenz „Solidarität im 21. Jahrhundert. Die Familie – Soziales Kapital einer menschenwürdigen Gesellschaft“ nahm zwei Entwicklungen zum Thema, die in den letzten Jahren eine gewisse Bedeutung erlangt haben. Die erste dieser Entwicklungen besteht darin, dass die Frage nach dem Charakter der Familie wieder an Relevanz gewonnen hat, was möglicherweise am besten daran erkennbar ist, dass die Frage nach der Familie, ihrer Qualität und ihrer Bedingungen nicht nur – wahrscheinlich noch nicht einmal vornehmlich – von wertkonservativer Seite gestellt wird.

Die zweite Entwicklung zeigt sich in einem wiederkehrenden Interesse am Thema der sozialen Bindungen. Auch die Sozialwissenschaften setzen sich mit dieser Problematik verstärkt auseinander und haben dabei sogar den Begriff des Sozialkapitals, der im Titel der Konferenz mit enthalten ist, in die Diskussion eingebracht.

Offenbar sind also mit diesen beiden Themen, Familie und Sozialkapital, Prozesse angesprochen, die sozialen Wandel indizieren. Die von mir in diesem Beitrag eingenommene Perspektive der Lebenslaufsoziologie ist allerdings skeptisch gegenüber einem allzu inflationären Gebrauch der Kategorie des sozialen Wandels und versucht deshalb, Zeitgeistdiskurse von längerfristigen Wandlungstendenzen zu unterscheiden, um nicht zu vorschnell und allzu aufgeregt einzelne, scheinbar überraschende Einzelbefunde als etwas ganz und gar Neues oder Aktuelles zu stilisieren. Denn

jedes Thema, sei es das der Familie oder ein anderes, erfährt in der Öffentlichkeit Konjunkturen – manchmal wird es heiß diskutiert, bald darauf ist es aber bereits wieder in Vergessenheit geraten.

### **Sozialkapital und Familie als analytische Begriffe, nicht als Heilskonzepte**

Die dieser Tagung voranstehenden Begriffe „Sozialkapital“ und „Familie“ haben in der Gesellschaft überwiegend einen positiven Gebrauch. Angesichts des Umstandes, dass sich ein Grundwerteforum mit ihnen befasst, scheint man sich einige Hoffnungen in Bezug auf diese Konzepte zu machen. Es ist im Titel der Konferenz sogar von „menschwürdiger Gesellschaft“ die Rede. Familie und Sozialkapital werden somit als Basiswerte einer (jeden?) Gesellschaft angesehen. Doch die einfache Vermutung, ihr Zusammenhang ergebe sich gewissermaßen von selbst und zeuge in jeder möglichen Ausprägung schon positive Effekte, ist eine idealisierte Hoffnung, gegen die Einiges spricht. Deshalb werden hier ein paar Dämpfer präsentiert, ohne dass damit die Hoffnung ganz aufgegeben werden soll.

Familie und Sozialkapital sind – soziologisch nüchtern betrachtet – gesellschaftsanalytische Konzepte. Wir können uns mit ihnen über „Umstände“ in der Gesellschaft informieren. Insofern sind sie dann nützlich, wenn sie uns überzeugende Orientierung bieten für mögliche Umgestaltungen. Doch zunächst zu einigen Anlässen der Skepsis aus soziologischer, speziell aus lebenslaufsoziologischer Sicht.

### **Voreingestelltheiten der derzeitigen Reformdebatte**

Beobachtet man in faktisch registrierender Perspektive den öffentlich-politischen Diskurs, der seit spätestens Mitte der 1990er Jahre (z.B. seit der Berliner „Ruckrede“ von Roman Herzog) vorherrschend ist, so besteht die Grundvoraussetzung der meisten konkreten Diagnosen zu einzelnen

Teilfragen und Teilgebieten darin, dass unsere (die bundesrepublikanische) Gesellschaft sich in einem notorisch schlechten Zustand befände. Der generell schlechte Zustand scheint dabei eher unterschwellig vorzuliegen, da er offenbar nicht von allen in seiner Bedrohlichkeit gespürt wird. Diese muss aber hoch sein, weil in konkreten Diagnosen zu den meisten Gesellschaftsbereichen (Lage der Unternehmen, Arbeitsmarkt, Bildung, Konjunktur, mittlerweile sogar die Aktienmärkte) immer wieder Daten (am eindrucksvollsten offenbar die PISA-Studie) präsentiert werden, nach denen die Bundesrepublik schlechte Werte aufweist. Die Grundfigur der gegenwärtig vorherrschenden Erzählung zum Reformbedarf und zum Reformstau ist also die des „Vor-Sich-Hin-Kränkels“ unserer Gesellschaft. Vor diesem Hintergrund wird deutlich, dass der Appell an das Sozialkapital und an die Familien einer Gesellschaft eine Erinnerung an die Pflege traditioneller Werte darstellt. Darum droht die Gefahr, dass die Begriffe in rückwärtsgewandter Weise verwendet werden, als Appell, eine stilisierte, romantisierte oder schlicht idealisierte Vergangenheit zu restaurieren.

Beginnen wir mit dem Sozialkapital. Dieser Begriff ist neueren Datums. Er stammt aus den Sozial- und Politikwissenschaften. Er existiert dort zum einen als kollektivistisches und zum anderen als individualistisches Konstrukt. Ich werde für diese beiden Konstrukte jeweils das traditionalistische Vorbild skizzieren und daran anschließend Fragen entwickeln, die eine analytische Fassung der mit den Konstrukten einhergehenden Problemrichtungen ermöglichen.

### **Sozialkapital als kollektivistisches Konstrukt**

Das kollektivistische Konstrukt knüpft an die traditionelle Vorstellung des sozialen Zusammenhalts an, in der zumeist das Zusammenwirken sozialer Kräfte beschworen wird. Sie steckt auch in der Rede vom „Ruck“, der durch die Gesellschaft gehen soll. Die Grundfrage wäre also: Wie gelingt es Gesellschaften oder wenigstens gesellschaftlichen Teilbereichen (wie Regionen, Organisationen, Netzwerken, etc.) ihre Kräfte so zu bündeln, dass Funktionsziele sozialer Einheiten optimiert werden.

Die Metapher vom Ruck macht nun den schwerwiegendsten Fehler dieses Konstrukts deutlich. Er liegt in der Voraussetzung einer Gleichgerichtetheit der Bewegung (siehe den Ruck), die von einem Kollektiv zu vollziehen sei, damit es seine anstehenden Aufgaben besser löst. Die die Gleichgerichtetheit betonende Metaphorik des kollektivistischen Konstrukts des Sozialkapitals überdeckt somit das in unserer Gesellschaft beanspruchte Recht auf Individualität sowie die in unserer Gesellschaft faktisch vorliegenden sozialen Ungleichheiten. Nicht jeder muss ein Interesse daran haben, dass ein Ruck in einer bestimmten Richtung erfolgt. Das, was als Vor-Sich-Hinkränken der Gesellschaft, als mangelnde Entschlossenheit, als Nicht-Voran-Kommen erscheint, sind somit möglicherweise notwendige „Reibungsverluste“ gesellschaftlicher Aushandlungsprozesse modern organisierter sozialer Einheiten. Modern sind sie vor allem deshalb, weil sie individuelle und soziale Differenzen anerkennen, oder deutlicher politisch-moralisch ausgedrückt, weil sie den Anderen als Individuum oder als Angehörigen einer anderen sozialen Schicht oder Gruppierung respektieren.

Nimmt man diese Skepsis gegenüber dem kollektivistischen Verständnis des Sozialkapitals ernst, so verweist der Begriff (in positiver Hinsicht) auf einen schwierigen Balanceakt, der in unserer Gesellschaft herzustellen ist – nämlich die Balance zwischen individueller wie sozialer Differenz und der Notwendigkeit für jeden Einzelnen, bei aller Differenz Beiträge für die sozialen Einheiten zu leisten, denen sie oder er angehört. Dabei ist insbesondere zu bedenken, dass der oder die Einzelne einer Pluralität sozialer Einheiten angehört. Und es ist zu fragen, ob mit dem schwammigen Begriff (die oder unsere) „Gesellschaft“ ein vereinheitlichendes Kollektivkonstrukt postuliert wird, das eigentlich gar nicht existiert, sondern das konkreteren sozialen Einheiten (wie dem Staat oder noch spezifischer den politischen Entscheidungen eines bestimmten Ministeriums) als Etikett dient und insofern Herrschaft verschleiert.

Demokratiethoretisch ergibt sich somit die Frage nach einem nicht herrschaftverschleiernenden Begriff des Sozialkapitals, der zu einem kollektivistischen Verständnis führt. Dies scheint mir nur möglich, wenn – wie in

den neueren sozialwissenschaftlichen Debatten üblich – das Konzept des Sozialkapitals an das Konzept des Vertrauens gebunden wird.<sup>1</sup>

Im analytischen Sinn wird dadurch folgendes Kriterium in den Vordergrund gerückt: Soziale Einheiten entfalten – als Makrophänomene – nur dann Sozialkapital, wenn sie – auf der Ebene von Mikroprozessen – Vertrauen bei individuellen Akteuren und (kleineren) sozialen Einheiten (Gruppen, Verbänden, etc.) erzeugen, so dass diese in die Ziele der größeren Einheiten gleichsam Energien investieren.

Daraus ergibt sich die interessante Frage, wie eine soziale Makroeinheit für die individuellen Akteure und Mikroeinheiten einer Gesellschaft Vertrauenswürdigkeit herstellen bzw. signalisieren oder kommunizieren kann. Das Ergebnis der ersten Skepsis ist somit eine Frage, die als Problemhorizont bedacht werden sollte. Für die von mir hier zu vertretende Lebenslaufsoziologie ergibt sich daraus die Aufgabe, anhand der Lebensläufe einzelner Personen/Akteure empirisch nachzuzeichnen, wie diese als Individuen oder Angehörige sozialer Gruppen/Einheiten Vertrauen in die umfassenderen sozialen Zusammenhänge gewinnen, in denen sie leben.

### **Individualistische Sicht des Sozialkapitals und individualisierte Familien**

Die zweite Skepsis bezieht sich auf die individualistische Sicht des Sozialkapitals. Individuelle Akteure können nämlich in unterschiedlichem Maße damit ausgestattet sein, über soziales Kapital zu verfügen. Sie haben in diesem Sinne bessere oder schlechtere Chancen, andere dafür zu gewinnen, sich für ihre „Sache“ (Interessen) einzusetzen. Folgt man hier dem Soziologen Pierre Bourdieu, so ist die individuelle Ausstattung mit sozialem Kapital Folge der Klassenzugehörigkeit des betrachteten Akteurs und somit ein Beleg für die fortwährende Reproduktion sozialer Ungleich-

---

1 Vgl. Michael Hartmann / Claus Offe (Hrsg.), Vertrauen. Die Grundlage des sozialen Zusammenhalts. Frankfurt/M. 2001.

heit und Benachteiligung auch in modernen, demokratisch verfassten Gesellschaften. Besonders dabei nimmt die Familie eine ungünstige Schlüsselrolle ein. Gerade über individuelle Familien werde – folgt man Bourdieus Interpretation – die soziale Ungleichheit und Benachteiligung vererbt und somit tradiert. Am Beispiel der Bildungsreformen in Frankreich hat Bourdieu versucht, die „Illusion der Chancengleichheit“ zu entlarven. Auch wenn demnach institutionell gleiche Ausgangsbedingungen für die Bildungsverläufe der Menschen geschaffen würden, würden über die Herkunftsfamilien mehr oder weniger subtil Ressourcen an die Akteure vermittelt, von denen die Chancen abhängen, sich im Bildungs- und Karriereverlauf in der Konkurrenz mit anderen durchzusetzen.

Dabei sei das Ausmaß der in den Familien schon gegebenen sozialen Beziehungen genauso wichtig wie deren Habitus (Haltung, Art und Weise), sich Bildungs- und Kulturgüter anzueignen. Dieses Szenario ließe sich nun noch weiter ausbuchstabieren, wenn man die Diagnose der individualisierten Kleinfamilie hinzunimmt, in der das „soziale Kapital“ dieser Einheiten hauptsächlich zwischen Eltern- und Kindgeneration (eventuell noch zwischen Großeltern-, Eltern- und Kindgeneration, aber mit abnehmendem Trend) transferiert wird.

In individualisierten Familien wird man somit den Impuls verspüren, etwas an die eigenen Kinder weiter zu geben oder staatliche Institutionen (wie Kindergärten oder Schulen) als Unterstützung bei der Erziehung eigener Kinder zu nutzen. Aber: Wird aus individualisierten Familien der Impuls hervorgehen, Reformprogramme zu initiieren, die insgesamt die Bildungs- und Familienbedingungen fördern, ohne dass in ihnen ersichtlich ist, dass Familien ihres Typs davon Vorteile haben (und nicht nur zur Belastung der öffentlichen Haushalte führen)?

Nimmt man Bourdieus Reproduktionsthese und die Vermutung der Individualisierung der Kleinfamilie zusammen, so ergibt sich daraus das Szenario einer „unseligen Koalition“ von Familie und individualisiertem Sozialkapital. Familien- und bildungspolitisch müsste diese Koalition eher durch Reformvorhaben durchbrochen werden.

Dies scheint umso mehr geboten, da zwei neuere Befunde aus der Bildungs- und Lebenslaufforschung für eine Tendenz zur Unterschichtung von jungen Erwachsenen mit spezifischem Familienhintergrund sprechen. Es ist einmal der aus der PISA-Studie bekannte Befund, dass in Deutschland trotz der sozialdemokratischen Bildungsreformen der Anteil leistungsschwacher Schüler besonders hoch ist. Die auf Chancengleichheit ausgerichtete Politik verfehlte hier also ihr Ziel, den Anteil unterdurchschnittlicher Bildung zu verringern. Spezifischere Untersuchungen (insbesondere von Heike Solga) zu den Gruppen der Sonder- und Hauptschüler, die im späteren Bildungsverlauf durch „Ausbildungslosigkeit“ (Fehlen einer beruflichen Ausbildung) gekennzeichnet sind und deren Erwerbschancen sinken bzw. deren Arbeitsmarktrisiken steigen, verdeutlichen, dass diese Gruppe, die mehr und mehr an den Rand der Erwerbsgesellschaft gedrängt wird, in signifikant hohem Maße aus Familien stammt, die bereits ebenfalls auf Un- oder Angelerntenniveau beschäftigt waren. Hier haben wir es mit der Gegenbewegung zum allgemeinen (durchschnittlich überwiegender) Trend zum Anstieg der Bildungsabschlüsse in der jüngeren Generation zu tun (etwa sichtbar in der Zunahme der Abiturientenquoten). Die über Herkunftsfamilien generierte Ausgrenzung nach unten ist in unserer Gesellschaft „härter“ geworden.

Aus der zweiten Skepsis leite ich wiederum eine Frage ab: Wie kommt es dazu, dass Familien bereit sind, das Sozialkapital einer Gesellschaft zu steigern, auch wenn es zur Reproduktion des eigenen sozialen Kapitals, also im Sinne des Eigeninteresses einer individualisierten Kleinfamilie, nicht nötig erscheint? Diese Frage hängt mit der ersten Frage zusammen. Denn offensichtlich ist die individualisierte Kleinfamilie eine kleinere Einheit der Gesellschaft. Also lässt sich fragen: Wie gewinnen Mitglieder von Familien (als kleinerer gesellschaftlicher Einheit) ein solches Maß an Vertrauen in die weiter reichenden Prozesse der Gesellschaft, dass sie bereit sind, in diese Prozesse zu investieren, ohne dabei bereits einen konkreten Nutzen für sich selbst (oder die anderen Angehörigen der eigenen Kleinfamilie) zu antizipieren?

## **Brücken zwischen Familie und Sozialkapital**

Um in dieser Frage weiter zu kommen, ist genauer zu betrachten, mit welchen weiteren sozialen Kontexten die Familie verkoppelt ist, wenn sie als sozialintegrative Brücke zwischen individuellem Handeln und Gesellschaft fungiert und darüber sowohl individuelles als auch kollektives Kapital produziert.

Diese Verkoppelungen bestehen in a) einer Verbundenheit mit den sie lokal umgebenden alltagsweltlichen Milieus wie Nachbarschaften, Initiativen, Bekanntschaftskreisen, b) in den zu ihrer Unterstützung geschaffenen sozialstaatlichen Institutionen, die eben dann länderspezifisch sehr unterschiedlich ausfallen können, wie das Frau Schmidt am Beispiel von der Bundesrepublik Deutschland und Schweden ausgeführt hat, und nicht zuletzt c) im System der Generationen, also der Eltern-Kind-Beziehungen oder sogar der Großeltern-Eltern-Kind-Beziehungen.

Auch wenn die beiden ersten Dimensionen sicherlich eine gewisse Bedeutung beibehalten dürften, scheint mir die überwiegendere Zahl der aus der soziologischen Forschung bekannten Befunde dafür zu sprechen, dass weder die alltagsweltliche Milieuverbundenheit etwa in dörflichen Gemeinschaften oder städtischen Nachbarschafts- und Bekanntschaftsstrukturen noch die sozialstaatliche Stützung in dem Maße bestehen bleiben werden, wie sie für die fünfziger, sechziger, siebziger, vielleicht auch noch bis in die achtziger Jahre gegolten haben, um als stabilisierender Hintergrund der Familie zu wirken.

Weder ein alleiniges Setzen auf lebensweltliche, alltagsweltliche Milieustrukturen, die in Erosion befindlich sind, noch eine sozialstaatliche Förderung der Familie, die ja davon abhängig ist, dass der Nationalstaat als Nationalstaat so erhalten bleibt, wie wir ihn in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts gekannt haben, scheinen aussichtsreiche Kandidaten dafür zu sein, die sozialintegrative Kraft der Familie zu fördern und davon eine Überbrückung zwischen Gesellschaft und Individuum zu erhoffen. Wo aber – diese Frage bleibt dann – könnten Entwicklungen entstehen, die neue Formen von Sozialkapital nach sich ziehen? Wäre das vielleicht die Vorstellung einer Bürgergesellschaft, die bürgerschaftliches Engagement

hervorbringt, und könnte Familie als Initiator eines solchen bürgerschaftlichen Engagements fungieren?

### **Hoffnung auf ein neues Generationenverhältnis, das zugleich aufgelockert und bindend wäre?**

Bei diesem Punkt setze ich nun auf die weiche Kraft des Generationenwandels und eines damit einhergehenden Wandels des Generationenverhältnisses. Und im Grunde genommen hat der erste Befund, den auch Frau Schmidt in ihrem Beitrag genannt hat, nämlich ein in jüngeren Generationen sich wandelndes Verhältnis in den Geschlechterbeziehungen und ein sich wandelndes Verhältnis von Frauen im Anspruch auf Bildungs- und Erwerbskarrieren einen entscheidenden Beitrag zu diesem Wandel der Generationen geleistet.

Ich hatte am Anfang auf einige Beobachtungen zum Zeitgeist hingewiesen. Und dort stoßen wir eben seit einigen Jahren auf ein wiedererstarktes Interesse an Bildung, die stärker standardisiert werden soll, sozusagen mit Verweis auf die Pisa-Studie, oder vielleicht auch stärker wieder am Modell der klassischen humanistischen Bildung zurückorientiert werden soll. Man denke einfach an den Bestseller von Dietrich Schwanitz. Damit einher geht auch ein Ruf nach Erziehung, wobei auch hier an ein Mehr an Ordnung, ein Mehr an Orientierungspunkten, Haltepunkten im biografischen Leben gedacht wird im Sinne einer Vermittlung von Einbettungen für heranwachsende Individuen.

Dieser Wunsch nach mehr Orientierung läuft Gefahr, anachronistisch zu sein. Damit ist jedoch nicht gesagt, dass es in analytischer Hinsicht nicht sinnvoll sein kann, über Beziehungen zwischen Generationen nachzudenken, in denen die Vermittlung kultureller Orientierungsleistungen praktiziert wird, die in einer Gesellschaft historisch erarbeitet wurden. Bildung und Erziehung betreffen vom Standpunkt der Lebenslaufsoziologie das Generationenverhältnis, vor allem die darin eingehenden Strukturen der Sozialisation und Entkulturation von Individuen. Die Vermittlung biografischer Orientierungen im Prozess der Sozialisation und die Wei-

tergabe von kulturellen Gütern und kulturellen Traditionen im Prozess der Entkulturation werden dabei in der Regel analytisch betrachtet. Diese Prozesse finden in Familien statt. Wenn diese Prozesse aber über die individualisierte Reproduktion von kulturellem und sozialem Kapital im klein-familialen Zusammenhang hinausgehen soll, fragt es sich, wie diese Prozesse, die in Familien immer schon stattgefunden haben, mit weiteren gesellschaftlichen Kreisen, Schulen, aber auch Initiativen und Milieus vermittelt werden.

Wer könnten nun die Träger eines solchen Wandlungsprozesses sein? Was könnte die Lebenslaufforschung dazu sagen? Betrachtet man die prominenten Stimmen, die sich am Diskurs um ein Mehr an Erziehung, ein Mehr an Familie, ein Mehr an sozialer Bindung beteiligen, so herrschen Altersgruppen vor, die in den neunziger Jahren in die Phase der Elternschaft getreten sind oder die man auch als die Elterngeneration der neunziger Jahre bezeichnen könnte, also die Personen, die in den achtziger und neunziger Jahren Eltern geworden sind, die eben genau die Schul- und Pubertätsprobleme ihrer heranwachsenden Kinder in einer anderen Form erlebt haben als dies vielleicht für die sechziger und siebziger Jahre gegolten hat. Diese Elterngeneration dürfte – ganz grob geschätzt – in den Geburtsjahrgängen von 1955 bis 1970 verortet werden können.

Es handelt sich dabei interessanterweise tendenziell um die geburtenstarken Jahrgänge (1957-1967) der Bundesrepublik Deutschland. Diese geburtenstarken Jahrgänge haben in ihrer eigenen biografischen Entwicklung zweierlei erlebt: die Liberalisierung der Erziehung und die Erosion sozialer Bindungen, insbesondere alltagsweltlicher Milieubezüge. Und man kann hinzufügen: Die weiblichen Vertreter dieser Generation haben dies noch viel deutlicher erlebt, denn diese Generation ist die erste Generation, die im Durchschnitt über höhere Bildung verfügt als die männlichen Angehörigen dieser Generation und die in deutlich höherem Maße versucht hat, ihre erworbenen Bildungsabschlüsse in kontinuierliche Erwerbsbiografien zu übersetzen.

Hierbei hat die Wiedervereinigung eine verstärkende Tendenz dadurch hervorgebracht, dass die in der DDR geborenen Frauen dieser Generation sich durch eine nachhaltig hohe Beteiligung am Erwerbsleben auszeich-

nen, so dass vermutet werden kann, dass ein zukünftiges Familienleben immer mehr von der Berufstätigkeit der Frauen geprägt sein wird. Und gerade dadurch wächst der Druck auf die Gesellschaft, für die jüngeren Generationen, die Familien bilden (sollen), Brücken zu bauen, die Familien mit anderen gesellschaftlichen Kontexten zu verbinden, gerade bei den Aufgaben der Kinderbetreuung und Erziehung.

Nun könnte man vermuten, dass die Erfahrung von Liberalisierung und Erosion sozialer Bindungen in der hier in den Mittelpunkt gerückten Generation zu einer Ambivalenz in Bezug auf die Liberalisierung und Individualisierung geführt hat. Diese Ambivalenz markiert wahrscheinlich auch die Grenzen, in denen sich in dieser Generation oder überhaupt in der heutigen Zeit ein Interesse an familialen Verankerungen und Sozialkapital bewegen kann, ohne zu einer rückwärtsgewandten, bloß appellativen Beschwörung vergangener Werte zu gelangen. Die eine Seite dieser Grenzen ist pragmatisch nüchtern. Es ist die Gewissheit, dass sich der Prozess der Individualisierung, der Aufhebung sozialer Bindungen letztlich durchsetzen wird und dies auch in Form von davon ausgehenden Freiheiten nützlich sein kann. Daraus hat diese Generationen eine Art pragmatischer Zuversicht in die schwierigen, eben ambivalenten Modernisierungs- und Individualisierungsprozesse gewonnen. Die andere Seite ist eine Sensibilisierung für die mit dieser Individualisierung einhergehenden Schattenseiten, etwa auch die Sorge um die eigenen Nachkommen. Und dies bedeutet nicht nur ein Interesse an institutioneller Entlastung etwa in Form von Ganztageseinrichtungen, sondern ein stärkeres Interesse daran, wie das Leben in individuellen Familien mit dem öffentlichen Leben, mit den Verzweigungen des eigenen Lebens in andere Bereiche in einer Form überbrückt werden kann, die nicht zu einer stärkeren Vereinzelung, einer stärkeren Separierung von Individuen führt. Die zuerst genannte pragmatische Zuversicht ist somit nicht blinde Zuversicht, die jeden Grad an Individualisierung und Flexibilisierung ihren Nachfahren zumuten will.

## **Fazit**

Bei dem Versuch, die Frage zu beantworten, in welcher Weise Familie an der Entstehung von Sozialkapital beteiligt ist, komme somit ich zu der Antwort, dass wir zunächst bestimmte Formen von familialer Entwicklung, die vielleicht Konkurrenzbeziehungen, Formen sozialer Ungleichheit befördern könnten, auszuschließen haben, und uns auf die Ebenen konzentrieren müssen, auf denen eine Überbrückung von Familie und Gesellschaft möglich erscheint.

Hierbei wäre danach zu fragen, welche Trägergruppen eine Aufwertung von Familienbeziehungen und sozialem Kapital herbeiführen können. Dann sind vor allem die Generationen interessant, die in der Funktion von Elternschaft nachrücken. Denn wenn es tatsächlich so ist, dass Gesellschaften wie die Bundesrepublik auf demografische Probleme zusteuern, dann reicht es nicht aus, sich nur mit den Eltern zu beschäftigen, die jetzt schon Eltern geworden sind, sondern insbesondere mit den Generationen, die kurz davor sind, Eltern werden zu können. Die Bedingungen, die für diese Generationen vorherrschen, werden entscheidend sein für die Frage, ob in den nachfolgenden Generationen das Vertrauen in die sie umgebende Gesellschaft wächst, zu einem großen Anteil selbst in Elternschaft überzugehen oder nicht. Und die Form, in der sie dies tun, wird erhebliche Bedeutung dafür haben, wie auch in diesen Familien eine Überbrückung zu weiteren Formen des Sozialkapitals erfolgen kann.

Gesine Schwan

## **Familienpolitik und Zivilgesellschaft**

In die Arbeit, die ich jetzt als Universitätspräsidentin mache, habe ich sehr viele Kompetenzen aus meiner Familienerfahrung eingebracht. Mit den Kolleginnen und Kollegen umzugehen, ist viel leichter, wenn man mit Kindern umgegangen ist. Ich habe also wirklich eine Menge in der Familie gelernt, zumal ich einen erheblichen Abschnitt meiner Zeit auch als Alleinerziehende verbringen musste, weil man Mann starb, als meine Kinder 12 und 14 Jahre alt waren.

Was hat die Familie mit der Bürgergesellschaft zu tun? Wir haben bisher – fälschlicherweise – diese beiden Bereiche wenig zusammengebracht. Aber die Bürgergesellschaft, auf die wir alle mehr und mehr bauen wollen und müssen, um unsere Demokratie und den Sozialstaat lebendig zu erhalten, braucht eine Grundlage in einer zeitgemäßen – und ich sage bewusst zeitgemäßen – Familie. Ich will versuchen zu zeigen, warum das so ist.

Das Adjektiv „bürgerlich“ – und es wird jetzt über weitere Strecken erst einmal über die Bürgergesellschaft gehen – klingt nicht gut bei uns. „Bürger“ klingt schon besser, viel besser. Aber würden wir alle, die hier leben, als Bürger bezeichnen? Und was würden wir damit meinen? Haben wir ein gemeinsames Verständnis vom Bürger, gar von der Bürgergesellschaft? Ich denke kaum. Deshalb lohnt es sich, einigen – auch gegensätzlichen – Bedeutungen, die wir mit diesem Wort verbinden, nachzugehen. Sie rühren in der Regel aus sehr unterschiedlichen, oft inkohärent und gebrochen übermittelten Traditionssträngen. Das Interesse an ihnen ist allerdings in meinen Überlegungen kein vornehmlich historisches, sondern ein praktisches. Es zielt auf Verständigung und auf politische Konsequenzen in heutiger Zeit.

## **Traditionen der Bürgergesellschaft**

Aus welchen Traditionen schöpfen wir, wenn wir aktuell vom Bürger und der Bürgergesellschaft sprechen? Mit welchen neuen Herausforderungen müssen wir sie konfrontieren? Wie müssen wir die Bürgergesellschaft fortentwickeln, um diesen Herausforderungen gerecht zu werden? Mit welchen Hindernissen sollten wir dabei rechnen? Und was folgt schließlich daraus für die Zukunft einer sozialen Demokratie? Diesen fünf Fragen möchte ich im Folgenden nachgehen. Meine Antworten – immer nur Versuche – werden in die Forderung nach einer Politik münden, die die Förderung einer neuen Familie ins Zentrum ihrer Bemühungen um die Bürgergesellschaft und eine zukunftssträchtige soziale Demokratie stellt.

Ich will zunächst zwei unterschiedliche Traditionen von Bürgergesellschaft kurz umreißen. Freiheit, Gleichheit, Selbstständigkeit – nicht Brüderlichkeit habe ich gesagt – Selbstständigkeit, diese drei Begriffe wird man wohl auf jeden Fall mit der Bürgergesellschaft assoziieren, wenn man sie im Kontext politischer Orientierungen betrachtet. Allerdings treffen unter diesem gemeinsamen Dach durchaus gegensätzliche Traditionsstränge aufeinander, die sich auch in dem seit Jahren andauernden und von den USA ausgehenden Streit zwischen Liberalen und Kommunitaristen herauschälen.

Der eine Strang hat sein Zentrum in der Hochschätzung individueller Freiheit oder Autonomie, der andere, häufig als Republikanismus bezeichnet, in der Forderung nach Pflicht und Gemeinwohlbezogenheit des Individuums. Beide Stränge scheinen auf den ersten Blick scharf entgegengesetzt zu sein, nicht nur, weil die Kommunitaristen den Liberalen in der aktuellen Diskussion vorwerfen, eine Gesellschaft des desintegrierenden, ja destruktiven Egoismus zu rechtfertigen, in der die Freiheit nur noch in pervertierter Form erscheint und ihre moralische Qualität völlig verloren hat, weil die Individuen sie ohne Verantwortungssinn als private Beliebigkeit praktizierten, sondern auch, weil es in der Tat für die Verbindung von Freiheit und Gleichheit, das Herzstück bürgerlicher Demokratie, idealtypisch zwei durchaus unterschiedliche Vorstellungen gibt, die auf erhebliche Differenzen im Menschenbild zurückgehen.



Zwar teilen beide gemeinsame Grundannahmen. Danach sind alle Menschen frei und gleich geboren und haben von Natur oder als Kinder und Partner Gottes oder aus sozialer Übereinkunft oder aus sprachlogischer Analyse des so genannten Kommunikationsaktes oder aus allem zusammen das gleiche Recht auf Selbstbestimmung, den gleichen Anspruch, ihr Leben in der Gesellschaft, und gerade in ihr, nach eigenen Zielen zu regeln. Bürger sind individuelle Rechtsträger, aber eben in einem Gemeinwesen, in dem alle diese Rechte teilen. Aus der damit benannten Gleichheit ergeben sich Pflichten. Dies wird von keiner demokratischen – sei es republikanischen oder liberalen – Position bestritten.

Aber wie weit die Pflichten gehen und wie ihre Erfüllung zu erreichen ist, darum geht im Kern der Streit. Ist es nur verboten, die anderen zu schädigen? Oder muss man sich auch um sie kümmern? Und vor allem: Kommt man zur Gemeinwohlbezogenheit nur durch harte Selbstdisziplin, die die eigenen Impulse, die spontan immer auf den Egoismus zielen, unterdrückt oder umgekehrt eher durch die Förderung sozialer Anlagen, die uns Menschen auch eigen sind? Dieser Streit spielt sich zwischen einem skeptischen und einem pessimistischen Menschenbild ab.

Die republikanische Tradition vertritt das pessimistische und wird derzeit nicht nur in den USA von vielen konservativen oder tief enttäuschten Liberalen ausdrücklich oder auch nur implizit propagiert. Wenn sie erneut Bürgertum und insbesondere die Rückbesinnung auf den Wert der Familie – *family values* – fordern, dann greifen sie theoriegeschichtlich auf das antike Sparta, nicht auf Athen zurück. Sie beklagen den Werteverfall, den aktuellen Hedonismus, vornehmlich der Jugend, aber auch der auf ihre Selbstverwirklichung angeblich fixierten Frauen. Sie beklagen die Zügellosigkeit, den Egoismus, die Pflichtvergessenheit. Luxus, Genussucht sind die Hauptgegner, gegen die mit Härte und Entschlossenheit zugunsten des Gemeinwohls angegangen werden muss. Kargheit oder zumindest Genügsamkeit müssen durch strenge Erziehung und Gewohnheit zur zweiten Natur werden. In dieser Tradition ist auch ein andauernder Friede, der Verweichlichung begünstigt, der Demokratie gar nicht dienlich. Insgesamt setzen die republikanischen Tugenden auf Unterdrückung der eigenen bösen Triebe, der Versuchungen von außen und innen. Freudig stellt man sich diese Bürger und ihre Gesellschaft nicht gerade vor. Das Streben nach Glück, der *pursuit of happiness*, ist ihnen verdächtig und sollte allenfalls sublimiert erlaubt sein.

Der repressive Grundzug dieses Konzepts von Bürgergesellschaft wirkt auch in deren Strukturvorstellungen fort. Generell setzt man dabei etwa hinsichtlich der Familie oder des Staatsbürgerrechts nicht auf freiwillige Anerkennung, Gegenseitigkeit und Partnerschaftlichkeit, auch nicht auf positive, letztlich verbindende Auswirkungen von Konflikten, die damit zum täglichen Brot gehören, sondern auf strukturell klare, möglichst hierarchische Kompetenzverteilung, nach der eindeutig entschieden werden kann. In der Regel war es in dieser Sicht früher besser.

Der liberale Traditionsstrang folgt nicht einfach einem konträr optimistischen, sondern einem skeptischen Menschenbild. Die Gefährdung und Endlichkeit der Menschen übersieht er nicht, aber er räumt ihren sozialen, freundlichen Impulsen größere Chancen ein. Der Urvater dieses Traditionsstranges, John Locke – für Feministinnen sollte ich wohl auch noch eine Urmutter finden –, betont darüber hinaus ausdrücklich, dass das natürliche Gesetz dem Menschen nicht nur die eigene Selbsterhaltung vorschreibt, sondern auch die der ganzen Menschheit – *mankind* –, sofern

das der eigenen nicht entgegensteht. Ich zitiere John Locke: „Alle Menschen nämlich sind das Werk eines einzigen, allmächtigen und unendlich weisen Schöpfers.“ Dies führt Locke als Grund dafür an, das gleiche Recht auf Freiheit heiße nicht völlige Autonomie, heiße nicht Zügellosigkeit.

Freilich – das sollte man nicht bagatellisieren – liegt der Hauptakzent dieses Bürgerverständnisses auf dem individuellen Freiraum und auf dem negativen Verbot zu schädigen, nicht auf dem positiven Gebot zu helfen oder sich zu kümmern. Und nicht nur aufgrund der kapitalistischen Produktions- und Wirtschaftsweise, die auf der Verfolgung von Privatinteressen und von daher eo ipso strukturell der Instrumentalisierung von Menschen beruht – sie erscheinen darin notwendig funktional als Produktionsfaktoren –, sondern auch wegen dieses ideell individualistischen Akzents bereitet es einer libertären – nicht einer liberalen – Einstellung den Boden, die die auch staatlich-strukturell zu realisierende Mäßigung des Privatinteresses und die Gemeinwohlorientierung aus dem Auge verliert. Überdies baut dieses liberale Bürgerverständnis auf eine eher eng rational begriffene, natürliche Vernunft, die auf die argumentative Ermittlung von Gerechtigkeit und Gemeinwohl zielt und andere Antennen fairer Verständigung, wie zum Beispiel emotionale Empathie, also Einfühlungsvermögen, weniger expliziert, allerdings keineswegs ablehnt, wie Adam Smith's *Theory of Moral Sentiments* belegt. Zu fragen ist daher, ob das liberale Konzept einer Bürgergesellschaft angesichts der geschichtlichen Entwicklungen und heutiger Herausforderungen genügt.

## **Zunehmende Konfliktpotenziale**

Und damit komme ich zum nächsten Schritt. Ich versuche zu sprinten. Es geht um zunehmende Konfliktpotenziale und Unübersichtlichkeiten der Konfliktlinien, auch unerfüllbare Erwartungen an staatliche Politik. Vielfach wurde in den letzten Jahren auf die Paradoxie hingewiesen, dass ausgerechnet nach dem Untergang des Kommunismus die überlebende Demokratie ihrerseits in zunehmende Krisen gerät.

Diese Krisen entstehen aus drei wesentlichen Tendenzen oder Faktoren:

1) einer Zunahme von normativen, sozialen und politischen Konflikten,

- 2) aus anwachsenden Unsicherheiten in der Analyse und normativen Einschätzung anstehender Probleme und Entscheidungen, sowie
- 3) aus einer immer peinlicheren und zugleich auffälligeren Hilflosigkeit demokratischer Politik, an die dabei zunehmend höhere Anforderungen gerichtet werden.

Zu 1) Da ist zunächst die stete Vergrößerung politischer Räume von regionalen Zusammenschlüssen bis zur Globalisierung der Wirtschaft, die immer mehr Interessenkomplexe, soziale Gruppen, kulturelle Traditionen, ökonomische Verflechtungen umgreift, auf diese Weise das Konfliktpotenzial und die Komplexität der wechselseitigen Zusammenhänge steigert – wir brauchen nur irgendeine Veranstaltung über Europa zu machen, da merkt man das schon – und darauf politische Antworten und Entscheidungen herausfordert. Unterschiedliche Kulturen, ethnische oder nationale Traditionen und Unabhängigkeitspostulate treffen inmitten einer großen Migrationsbewegung aufeinander. Die nationalen Gesellschaften werden uneinheitlicher in ihren Leitbildern, ihren Erfahrungen und Zugehörigkeitsgefühlen, in ihren Träumen und Ängsten. Die überall grassierende Massenarbeitslosigkeit verschärft dieses Konfliktpotenzial ebenso wie allseits vollzogene oder anstehende Rücknahmen wohlfahrtsstaatlicher Absicherungen. Die Großräumigkeit hat als Reaktion eine Rückwendung auf begrenzte Loyalitäten, auf ethnische Wurzeln, auf Partikularitäten im Gefolge, die zuweilen in Gettoisierungen und Selbstgettoisierungen münden und einer Zusammenführung unterschiedlicher Interessen wegen deren gruppenorientierter Verfestigung zusätzliche Hindernisse in den Weg legen.

Zu 2) Mit der so stichwortartig skizzierten Zunahme von Konfliktpotenzialen geht eine wachsende Unsicherheit einher der psychischen Befindlichkeit der Bürger, die sich nicht mehr eingebettet, sondern entwurzelt fühlen und Ängste und Aggressionen entwickeln. Es ist eine Unsicherheit der normativen Orientierungen, die angesichts der kulturellen Vielfalt und einer theoretischen Position der Postmoderne, die gegen einheitliche Maßstäbe steht, schwer in Einklang miteinander zu bringen sind, zumindest aber eine erhebliche Verständigungs- und Übersetzungsbereitschaft verlangen.

Zu 3) Während so Konflikte und Unsicherheiten zunehmen, wachsen die Anforderungen an den demokratischen Staat, Lösungen durchzusetzen. Und der ist im Gegenteil dazu immer weniger in der Lage. Die Handlungsspielräume demokratischer Politik werden wegen der Komplexität der Regelungen – auch derer, auf denen sie aufbauen müsste – und wegen der gegenseitigen Abschottung und Uneinsichtigkeit organisierter Interessen und gesellschaftlicher Teilsysteme immer enger. Wir brauchen uns bloß die Gesundheitspolitik anzugucken. Darüber könnte man verrückt bei werden. Gleichzeitig werden die politischen Institutionen schwächer und verlieren dadurch an Vertrauen. Die Menschen werden einerseits immer abhängiger von wohlfahrtsstaatlichen Maßnahmen und andererseits vom Staat zunehmend – und aus einsichtigen Gründen – enttäuscht.

### **Steigende Anforderungen**

Es sieht nicht gemütlich aus mit der Zukunft der vermeintlich um den Staat zentrierten Demokratie. Was tun? Ist die Bürgergesellschaft ein Rezept, mit den genannten Herausforderungen fertig zu werden, weil von ihr neue Verhaltensimpulse ausgehen und sie den Staat entlastet?

Fasst man die aktuellen Herausforderungen, die ich genannt habe, zusammen, so wird deutlich, dass wir als Bürger immer höheren Anforderungen an Selbstständigkeit, Verständigungsbereitschaft und -fähigkeit, Offenheit und Zuwendung genügen müssen, wenn wir Freiheit und sozialen Zusammenhalt weiterhin verbinden, wenn wir nicht in autoritäre Muster, die gleichsam wieder Ordnung schaffen würden, zurückfallen wollen. Bürgerschaft kann nicht einfach kognitiv gelernt, nicht einfach antrainiert werden, sondern bedarf einer psychischen Verankerung, die zuallererst die Energie vermittelt, so zu handeln, wie es das Bilderbuch der Bürgerfragen beschreibt. Sie erfordert psychische Dispositionen, vor allem Selbst- und Fremdvertrauen, Selbstsicherheit, Offenheit – im psychoanalytischen Drei-Instanzen-Modell könnte man sagen: Ich-Stärke, die wir vor allem in unseren frühen Sozialisationserfahrungen gewinnen oder verlieren und die ihre Bestätigung im Alltag braucht.

Schließlich verlangen die zunehmenden Konfliktpotenziale und Unübersichtlichkeiten eine Erweiterung des auf Freiheit als individuelle Unabhängigkeit und auf Rationalität konzentrierten liberalen Bürgerverständnisses. Sie verlangen die Kompetenz, die Gegensätze durch eine größere Bindungsbereitschaft und -fähigkeit zu bändigen und die kulturellen Unübersichtlichkeiten durch empathische Antennen aufzunehmen, besser zu verstehen und auf diese Weise eher zu einem Einvernehmen zu gelangen. Empathie nämlich wird den Absichten und Selbstbildern der Kontrahenten besser gerecht und erleichtert damit eine faire Einigung.

Feministisch geschulte Ohren werden hier leicht erkennen, dass damit Kompetenzen zunehmend vonnöten sind, die eher weiblicher als männlicher Sozialisation entspringen. Und in der Tat scheint mir die Verbindung des eher männlich unabhängigen, auf Rationalität konzentrierten politischen Freiheitsverständnisses mit dem eher weiblich bindungsorientierten und emotionale Empathie einbringenden überaus wichtig und zukunfts-trächtig. Damit weise ich zugleich eine geschlechtsspezifische Fixierung dieser Kompetenzen durchaus ab. Nicht immer zeigen sich Frauen mitfühlend, nicht immer Männer rational-borniert. Nicht immer sind Frauen unfähig, vernünftig zu argumentieren, und nicht immer sind Männer ein Ausbund an Rationalität.

Eine den gegenwärtigen Herausforderungen gewachsene Bürgergesellschaft, die den Staat von überfordernden Aufgaben entlastet, die unnötige Reibungsverluste – soziale Transaktionskosten, wie man heute so schön fachmännisch zu sagen pflegt – durch vertrauensvolle Kooperation vermeidet, die sich kümmert und verständigt, nicht dauernd zum Gericht rennt, nicht immer nur anfragt oder erwartet, sondern einfach selbst handelt, eine solche Gesellschaft braucht Bürgerinnen und Bürger, die selbstsicher, offen, vertrauend wie kontrollierend, unabhängig wie bindungsfähig, rational argumentierend wie empathisch sind.

---

## Wie kann eine neue Bürgergesellschaft entstehen?

Wie bekommen wir die und welche Hindernisse stehen dem entgegen? Natürlich viele. Allgemeine, moderne liegen in der Auflösung jener Orte und Institutionen, die traditionell Gesellschaften zusammengehalten und psychische Verankerung vermittelt haben, nämlich Familie und auch räumliche, sinnliche Arbeitszusammenhänge. Der Hinweis von Renate Schmidt ist natürlich richtig, dass nicht nur faktisch sehr viele Menschen nach wie vor in traditionellen Familien leben, sondern auch immer mehr darin leben wollen. Dennoch: spürbare, konkrete gegenseitige Anerkennungen, Abhängigkeiten und Interdependenzen, die ein wohlverstandenes Eigeninteresse an der Rücksichtnahme auf andere und den Verantwortungssinn für größere Zusammenhänge begünstigen könnten, nehmen ab. Immerhin, dass Selbstständigkeit wie Sorge, rationale Argumentation wie Empathie für ein gelungenes Zusammenleben ebenso erforderlich wie möglich sind, dass sie anstrengen, aber auch gelingen, sogar beglücken können, dass Zuverlässigkeit nicht nur drückende Pflicht, sondern auch befreiende Sicherheit bedeuten kann. Orte, dies zu erfahren, werden mit der Erosion der Familie und dauerhafter Arbeitsverhältnisse selten.

Wo also können wir die neuen Bürgertugenden einüben, erleben und leben? Wie gewinnen wir speziell in Deutschland jenes ruhige Selbstvertrauen, jene auf eine Gefühlskultur angewiesene Empathie, jene Ich-Stärke, die wir so dringend benötigen, da wir doch eine Vergangenheit vielfacher Regimebrüche, komplizierter Verstrickungen in Verbrechen, Verrat und Verlogenheiten hinter uns haben. Wir haben zwar durch Fleiß, Tüchtigkeit und Pflichtbewusstsein und materiellen Wohlstand diese Vergangenheit gleichsam abgehängt, aber psychisch noch lange nicht zugunsten einer offenen Selbstprüfung, einer solidarischen Versöhnlichkeit, eines ruhigen, neuen Selbstvertrauens und empathischer Gemeinsamkeit verarbeitet und überwunden. Noch immer sind bei uns genaues Hinhören auf die andere Person oder gemeinsames Lernen nicht besonders gefragt, schon gar nicht die Regel, sondern eher das Rechthaben. Veränderungen oder Korrekturen früherer Positionen, die Absage an Vergangenes münden nicht in allgemeinere Zweifel, nicht in wohlwollend prüfende oder skeptische Offenheit gegenüber auch eigenen, ehemaligen

abweichenden Haltungen, sondern in erneute Abgrenzung und Einsortierung. Im Ergebnis führt das nicht zu einer offenen Bürgergesellschaft, in der wir erst einmal neugierig erfahren möchten, was andere eigentlich meinen, sondern zu einer verfestigten Einsortierungsgesellschaft, die einer vertrauensvollen Kooperation entgegensteht.

Dies ist ein sehr grundlegendes Hindernis für uns Deutsche. Angesichts von Nationalsozialismus und Kommunismus in unserem Land und der damit häufig einhergehenden biografischen Brüche liegt es für viele nahe, die Rekonstruktion des Lebenszusammenhangs, der persönlichen Identität als biografische Kohärenz aufzugeben oder gar nicht erst zu versuchen. So wird ein Habitus von Identitätsbrüchen befördert, der jeder Verlässlichkeit entgegensteht, und eins ist mit Unsicherheit, Angst, Misstrauen, Abschottung und Unterstellung auf der einen, Rechthaberei auf der anderen Seite. Keine gute Voraussetzung für eine Bürgergesellschaft! So müssen wir mindestens zwei Hindernisse angehen, um wirklich ein Zusammenleben, ein freiheitliches Zusammenleben zu schaffen. Wir müssen offen, ehrlich und versöhnlich die Brüche unserer deutschen Biografien zu heilen versuchen und wir müssen versuchen, den Erosionstendenzen der modernen Gesellschaft auf freiheitliche Weise Einhalt zu gebieten.

Zum Komplex Arbeit, der Gegenstand so vieler kompetenter Erörterungen und Vorschläge ist, möchte ich hier nur auf folgenden Aspekt verweisen: Das Leben in Arbeitszusammenhängen ist nicht nur wichtig für die materielle Unabhängigkeit, für das Gefühl gebraucht und nicht benutzt zu werden, der Gesellschaft einen wertvollen Dienst zu leisten und ein sinnvolles Leben zu führen; es ist nicht nur wichtig, um persönliche Beziehungen zu knüpfen und um Selbstsicherheit, ein gelungenes Selbstwertgefühl und individuelle Zufriedenheit zu gewinnen, sondern es ist auch eine entscheidende Voraussetzung dafür, eine tragfähige aktive Bürgergesellschaft am Leben zu erhalten. Resignierte Menschen, unsichere Menschen haben es schwer, als Bürger zu handeln.

Die gegenwärtige Krise der hohen Arbeitslosigkeit bietet aber auch wie manche Krisen die Chance einer Neubesinnung und kreativer Lösungen. Wenn wir aus Gründen der hohen strukturellen Arbeitslosigkeit den Wert

---

und die Nützlichkeit von Arbeit über die Markthonorierung hinaus gleichsam politisch neu bestimmen, wenn wir die traditionelle Erwerbsarbeit neu verteilen, bisher privat, de facto abgewertete Arbeit höher schätzen lernen müssen, dann können wir auch zu unerwartet neuen Horizonten für das andere Problem der Moderne, die Erosion der Familie, vordringen.

Viele politische Streite auf der politischen Linken assoziieren mit dem Wort „Familie“ abscheuliche Zwänge, patriarchale Unterdrückung, peinliches mütterliches Kuschen, Verstaubtheit, Heuchelei, Enge. Alles das gibt es zuhauf, und es könnte gut sein, dass die Nicht-Fähigkeit der Familie zur Integration auch mit inneren familiären Atmosphären zusammenhängt, die das ja nun auch wirklich nicht erleichtern. Und doch halte ich an dem Begriff Familie fest und meine damit den Ort, an dem de facto entscheidende Weichenstellungen in der Generationenabfolge geschehen und an dem, wenn sie gelingt, die besten Chancen für eine Sozialisation zum Bürger bestehen. Sie gelingt, wenn Eltern, Väter und Mütter, liebevoll, zuverlässig und partnerschaftlich miteinander umgehen und sich gemeinsam ebenso um die Kinder kümmern, mit ihnen zu einer partnerschaftlichen Gemeinschaft heranwachsen.

Ich weiß, dass das vielen wie eine absurde Idylle klingen wird, dass überdies heute die Zahl der Alleinerziehenden unaufhörlich wächst. Mir liegt fern, diese zu diskriminieren. Ich habe es ja selbst jahrelang so üben müssen. Aber eben deshalb sind mir auch die herben Belastungen, die diese Konstellation für Kinder und Erwachsene einschließt, vertraut. Und so richtig es vielfach ist, unerträglichen Zerwürfnissen durch Trennung zu entgehen, so unumgänglich es auch in der Regel ist, nach dem Verlust des Partners, die Aufgabe eben allein weiterzuführen, so wenig leuchtet mir ein, dass wir deshalb die Probleme, die daraus erwachsen, herunterspielen oder die gute Alternative einer gelingenden Familie definitiv aufgeben sollten. Freilich können wir sie nicht erzwingen, und wir wollen sie nicht gegen die Freiheits- und Gleichheitserrungenschaften der Moderne realisieren, die eben ganz neue Familienstrukturen, im Wesentlichen partnerschaftliche, freiwillige und gemeinsam geschlossene erheischen. Wir können und dürfen auch nicht politisch regeln, was der persönlichen, privaten Entscheidung überlassen bleiben muss. Aber wir können politisch die Rahmenbedingungen so ändern, dass der auch statistisch durchaus be-

legte Wunsch – Renate Schmidt hat davon gesprochen –, zu stabileren und bergenden Familien zu finden (und die Erwartungen an die Familie sind ja im Allgemeinen hoch, zum Teil unrealistisch hoch) nicht weiter auf derartige, manchmal unüberwindliche Hindernisse in den äußeren Lebensumständen stößt, sondern sich leichter verwirklichen lässt. Dazu gehören tiefgreifende materielle und ideelle Veränderungen, von denen ich noch einige kurz nennen möchte.

Wenn die Erziehung der Kinder, die in der früheren Rollenverteilung weitgehend den Müttern zufiel, in der neuen Familie zugunsten der Kinder wie der Eltern von beiden Elternteilen wahrgenommen werden soll, und zwar so, dass sie sich nicht nur in einer genau durchkalkulierten Tagesorganisation die Klinke in die Hand geben, sondern sowohl für sich zu zweit – und das ist auch wichtig, dass die Eltern nicht nur für die Kinder, sondern mit Kindern auch noch für sich zu zweit Zeit haben – als auch für die Kinder Zeit haben müssen, dann müssen beide in der Zeit des Heranwachsens ihrer Kinder weniger Erwerbsarbeit leisten. Dies hätte angesichts der Knappheit an Arbeit dann rundum günstigere Konsequenzen, wenn dadurch nicht unerträgliche finanzielle Engpässe entstünden, sei es für die akute Lebensspanne, sei es für spätere Rentenansprüche. Eine solche Regelung reduzierter, gleich verteilter Erwerbsarbeit müsste deshalb mit einer ganzen Reihe weiterer Regelungen einhergehen. Deshalb hat Renate Schmidt Recht, es geht nicht nur um Gleichstellung und Familie, sondern es geht um alle Bereiche der Politik, die diese Einbußen und Risiken zugunsten der Familie reduzieren, insbesondere auf dem Versicherungsgebiet. Dies könnte ein weiteres Argument dafür sein, die Arbeitslosen-, Kranken- und Rentenversicherung zukünftig von der Erwerbsarbeit etwas mehr abzukoppeln.

Kompensationen müssten wahrscheinlich auch auf dem Feld der Wohnungs-, Verkehrs-, Bildungs- und Kulturpolitik erfolgen. Sie alle lassen sich gut begründen, wenn man bedenkt, dass die Sicherung des Fortbestandes einer freiheitlichen aktiven Gesellschaft ein geradezu konstitutionelles Grundinteresse aller Bürger sein sollte und dass die Generationenweitergabe unter den zunehmend schwierigen Bedingungen des rasanten sozialen Wandels eine Stabilitätsleistung und ein Gut darstellt, deren Vorrang für die Demokratie gar nicht überschätzt werden kann.

Herausfordernder noch als die hier nur angedeuteten innovativen materiellen Regelungen ist vielleicht die provokative Einsicht – auch hierauf hat Renate Schmidt hingewiesen –, dass wir, wenn wir in neuen Familien leben wollen, unsere Lebensläufe anders gestalten müssen, insbesondere biografisch die Zeit der Familie und der beruflichen Karriere entzerren müssen. Denn wenn das Elternsein und der Höhepunkt der Karriere in dasselbe Lebensalter zwischen dem 35. und dem 45. Lebensjahr zusammenfallen, dann wird die neue Familie notwendig zum Krüppel. Entweder die Kinder, die Mütter, die Väter oder alle zusammen bleiben auf der Strecke bzw. verbiegen sich, auch wenn das nach außen nicht immer sofort ins Auge fällt.

Gegenwärtig gibt es die ganz überwiegende Tendenz, alles immer früher und so jugendlich wie möglich erreicht zu haben oder erreicht haben zu müssen – eine Tendenz, die uns auch vielfach nicht aus der aufgeklärten Wirtschaft, aber aus der noch nicht aufgeklärten Wirtschaft entgegenkommt; wie es aber später im Leben der Menschen und für die Gesellschaft als Ganze weitergeht, ist diesen vehementen Rufern nach jungem, geschmeidigem und leistungsfähigem, professionellem Nachwuchs in der Regel unwichtig. Angesichts dieser Tendenz wirkt das Postulat der Entzerrung für viele vermutlich naiv oder illusorisch. Aber wir haben in der Geschichte immer wieder Veränderungen mit den Wertprioritäten erlebt. Überdies stellen wir alle fest, dass wir immer älter werden, mit 50 noch nicht zum alten Eisen geworfen werden möchten und in diesem Alter nicht nur weiter lernen können, sondern zudem ein Erfahrungswissen einbringen, das jugendlicher Intelligenzschnelle oder Experimentierfreude durchaus ebenbürtig und sogar überlegen sein kann. Häufig wird dagegen das Argument vorgebracht, eine Verlangsamung unserer professionellen Karriere würde uns zu Verlierern im globalen Wettbewerb machen. Aber die Erosionsprobleme, die am Anfang all dieser Überlegungen standen, sind ebenso global und brennend. Und auch in anderen Teilen der Welt, zum Beispiel manifest in den Vereinigten Staaten, wird durchaus eindringlich die Frage gestellt, ob wir den diversen sozialen Problemen, die aus diesen Erosionserscheinungen erwachsen, wirklich nur mit polizeilichen und medizinischen Maßnahmen begegnen dürfen.

Dennoch: Die Einsicht in diese Zusammenhänge ist noch bei weitem nicht so verbreitet, wie dies für rasche und erfolgreiche politische Maßnahmen erforderlich wäre. Aber die Einsicht wächst gerade in der jüngeren Generation, für die die Frage nach einer sinnvollen Lebens- und Politikgestaltung noch von Bedeutung ist.

Es stellt sich damit heraus, dass die Bürgergesellschaft für eine soziale Demokratie nicht nur ein historisches Thema ist, sondern vor allem auch eine konkrete Vision darstellt, an der doch angeblich solcher Mangel herrscht. Genau betrachtet liegt die Vision vor dem Hintergrund dieser Tradition auf der Hand: Durch viele geduldige kleine Schritte an einer Gesellschaft zu bauen, in der wir uns auch im Verhältnis der Geschlechter zueinander nicht gegenseitig austricksen und attackieren, sondern ergänzen, in der wir Konflikte offen und zugleich mit Sinn für Verständigung austragen, in der eine neue Form des Zusammenlebens uns lehrt, wie reich wir sein könnten und wie viel erfüllter sich unser Leben gestalten könnte, wenn wir unsere Fähigkeiten zusammentäten, mehr gemeinsame Erfahrungen austauschen könnten, aktiv und vertrauensvoll zusammen handelten und uns dadurch eine Welt schafften, in der es bei aller Einsicht in unsere Endlichkeit Freude macht zu leben.

---

## Podiumsbeiträge

### Thomas Meyer

Der Hauptpunkt in den Schlussfolgerungen von Renate Schmidt war: Wir brauchen eine Allianz für die Familie, die vor Ort in den Kommunen, in den Gemeinden, in den Städten zusammenwirkt, damit die Veränderungen, die die Familie braucht, auch wirklich eintreten und sich vernünftig entwickeln können. Renate Schmidt hat von einem Mentalitätswechsel gesprochen, der erforderlich ist.

Ich bitte zunächst Frau Petra Pusch vom Verband deutscher Unternehmerinnen um ein kurzes Statement zu folgender Frage: Teilen Sie die Sicht von Renate Schmidt und was wäre der Beitrag, den Sie als Unternehmerinnen und die Unternehmer insgesamt dazu leisten können?

### Petra Pusch



Zunächst möchte ich Frau Schmidt danken, dass sie das Thema Rivalität zwischen kinderlosen und kinderhabenden Gruppen in der Gesellschaft angesprochen hat. So kann auch ich dazu einiges sagen. Ich selbst habe keine Kinder, habe mich bewusst dagegen entschieden, aus beruflichen Gründen und weil die Lebensumstände dagegen sprachen. Dass ich heute gleichwohl mich dazu äußern soll, finde ich klasse. Vielen Dank.

Zu Ihrer Frage, was die Unternehmen dazu beitragen und wie die Sicht des Verbandes deutscher

Unternehmerinnen in diesem Punkt ist, zunächst Folgendes: Manchmal weiß ich gar nicht, warum man sich in der Politik über bestimmte State-

ments streitet. Vielen Dingen, die gesagt wurden, können wir als Verband deutscher Unternehmerinnen nur zustimmen. Ich nenne einige Beispiele:

In der Tat müssen Rahmenbedingungen geschaffen werden für berufstätige Frauen und Männer, damit sie Familie und Beruf vereinbaren können. Das heißt, ein Kind soll nicht zwangsläufig einen Karriereknick bringen. Es muss für beide Partner möglich sein, sich in der Erziehung zu engagieren. Deshalb benötigen wir Ganztagschulen und Kindertagesstätten sowie die Förderung flexibler Arbeitszeitmodelle. Das war auch das Thema, was Sie angesprochen haben, Frau Schmidt.

Zum Stichwort „moderne Familie“ – wie sieht die Familie heute aus? Familie kann sich sehr unterschiedlich gestalten. Familie kann beispielsweise bei Alleinerziehenden auch in Verbindung mit Tanten, Freunden, anderen Bezugspersonen einen Wertekontext bilden für die Heranwachsenden. Das ist zum Beispiel ein Part, den ich übernehmen kann für meine Neffen und Nichten. In der Weise also, wie man selbst als Vorbild lebt als Unternehmerin, Arbeitnehmer, Manager – wie auch immer -, gibt man den Heranwachsenden Vorbilder, dass sich Handeln lohnt und dass bestimmte Lebensweisen und Werte, die mit dem viel beschriebenen Wertewandel verloren gingen, gut sind und positiv nach vorne gebracht werden. Hier decken sich die Ansichten von Frau Schmidt und mir sehr stark.

Die erste Aufgabe des Unternehmens ist, betriebswirtschaftlich einen Arbeitsplatz zu sichern. Es gibt aber auch Unternehmer, die zum Beispiel Kindertagesstätten in ihrem eigenen Unternehmen haben. Oder im Bereich der klein- und mittelständischen Unternehmen gibt es die Möglichkeit, als weiche Komponente des Lohnes die Kindergartengelder der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ganz oder auch teilweise zu bezahlen.

Dies sind freiwillige Leistungen der Unternehmen. Es gibt immer mehr Bemühungen, heutzutage Modelle zu entwickeln, wie man die Bezüge der Arbeitnehmer mit weichen und harten Faktoren, also mit einem festen Gehalt und mit zusätzlichen Leistungen, neu gestaltet. So wie für manche zu einem bestimmten Zeitpunkt ein Firmenwagen wichtig ist, so kann zu

einer anderen Zeit ein Kind wichtig werden. Dann wäre es wichtig, dass der Arbeitnehmer keinen Firmenwagen, sondern zum Beispiel einen Zuschuss zum Kindergartengeld erhält.

Es gibt eine ganze Reihe von Modellen, über die wir mit verschiedenen Institutionen im Gespräch stehen. Gerade in den Bereichen Arbeitszeitmodelle, Ganztagschulen und Kindertagesstätten ist unsere Präsidentin, Inge Sandstedt, mit Verantwortlichen verschiedenster politischer Ebenen im intensiven Austausch. Denn den Unternehmerinnen ist sehr bewusst, dass die Frage von Berufstätigkeit und Familie sowohl eine Aufgabe für die Unternehmen aber eben auch eine große politische Aufgabe ist.

Betonen möchte ich ein Weiteres: Deutschland als rohstoffarmes und exportorientiertes Hochlohnland ist auf das Know-how der Menschen, die in unserem Land leben, angewiesen. Wir schicken unser Know-how sehr früh in Rente und das ist traurig. Es gibt aber Manager oder auch Arbeitnehmer, die sich nach ihrem aktiven Berufsleben zusammenschließen, z.B. in einem sogenannten Seniorenbüro, und jungen Firmen ihr Know-how als Berater zur Verfügung stellen, auf diese Weise den jungen Firmen sehr wertvolle Unterstützung zukommen lassen. Dies ist sehr, sehr wichtig.

Wir sind der Meinung, dass die Eigenverantwortung und die Selbstständigkeit Kindern vorgelebt werden soll, und zwar schon in der Familie. Weit verbreitet ist eine Bedienermentalität, eine Konsumentenhaltung, die wir teilweise auch selbst einnehmen, wenn wir von bestimmten Dingen berieselt werden. Es gibt eine recht verbreitete Lebenseinstellung, die nach etwa folgendem Muster gestrickt ist: „Für meine Probleme wird es schon irgendwo von staatlicher Seite eine Lösung geben und dann bediene ich mich. Es wird bestimmt irgendwo ein Antragsformular geben, das fülle ich aus und dann gibt es eine Lösung, am besten Geld.“ Das sind diese materiellen Zuwendungen, die Frau Schmidt angesprochen hat. Und ich stimme mit Frau Schmidt völlig überein – Geld allein wird die Menschen nicht dazu bringen, Kinder zu bekommen. Vielmehr müssen die Rahmenbedingungen stimmen.

Rahmenbedingungen zu verbessern heißt, die Schulen und Kindergärten nicht in dem desolaten Zustand zu belassen, wie er sich jetzt im Augenblick darstellt. Aber wir müssen das Potenzial, das vorhanden ist, fördern. Bildung muss Spaß machen, auch wenn sie mit Pflicht verbunden ist. Es muss Spaß machen, in den Kindergarten oder in die Schule zu gehen oder dort eine vernünftige Infrastruktur vorzufinden. Natürlich muss auch Pflichtbewusstsein vermittelt werden, aber Lernen und Bildung muss einfach auch Spaß machen.

Hinsichtlich der Ausstattung von Schulen will ich noch bemerken, dass immer mehr Eltern und Unternehmer gebeten werden, beim Anstreichen der Klassenzimmer zu helfen, Sponsoring zu betreiben oder sonstige Hilfsleistungen zu übernehmen. Ich finde es sehr traurig, dass teure, ehrgeizige kommunalpolitische Projekte mit Millionen- oder Milliardenkosten durchgeführt werden, aber für eine vernünftige Ausstattung unserer Schulen kein Geld mehr da ist. Dazu gibt es vielerlei Beispiele. Und zum Thema „destruktiver Egoismus“, das Frau Schwan angesprochen hat, möchte ich bemerken: Auch bei Unternehmen und bei Menschen in Führungspositionen muss „egoistisches Bedienertum“ verhindert werden. Es muss sich insgesamt wieder ein mentales Klima im Unternehmertum und in der Gesellschaft entwickeln, das geprägt ist von der Bereitschaft, Vorbild für die nachfolgende Generation zu sein und Verantwortung zu übernehmen. So kann man dazu beitragen, dass sich Kinder zu verantwortungsbewussten Persönlichkeiten entwickeln.

### **Thomas Meyer**

Vielen Dank, Frau Pusch. Nun meine Frage an Frau Sehrbrock: Gibt es so etwas wie eine Familienpolitik der Gewerkschaften? Sie sind ja DGB-Vorstandsmitglied. Spielt Familienpolitik in der Tarifpolitik eine Rolle? Spielt das im Bündnis für Arbeit eine Rolle? Können Sie uns kurz ein paar Punkte nennen.

### **Ingrid Sehrbrock**

Ja natürlich spielt die Familienpolitik in der Tarifpolitik eine Rolle. Es gibt eine Vielzahl von Tarifverträgen, die Regelungen für die Familie berücksichtigt, seien es Arbeitszeitregelungen, seien es Berufsrückkehrmöglich-

keiten, seien es erweiterte Elternzeiten und vieles andere mehr. Aber dennoch haben wir ein Problem beim Deutschen Gewerkschaftsbund. Das muss ich bekennen. Es ist eigentlich niemand zuständig für Familienpolitik, auch ich nicht. Meine Kollegin Ursula Engelen-Kefer ist zuständig für Frauenpolitik. Und dass ich jetzt hier sitze, hat wahrscheinlich damit zu tun, dass ich früher einmal in ganz anderen Zusammenhängen sehr viel mit Familien- und Frauenpolitik zu tun hatte. Aber ich glaube, es sagt auch etwas darüber aus, wie schwer sich die Gewerkschaften mit dem Thema Familienpolitik noch tun.

In diesem Jahr hatten wir eine ganz interessante Entwicklung: inzwischen haben alle Parteien familienpolitische Programme. Das war nicht immer so. Und die Familienpolitik hatte ja immer auch so ein bisschen den Geruch, ein Thema für die Konservativen zu sein. Dies ist wohl auch der Grund, weshalb die Gewerkschaften sich bis heute schwer mit der Familienpolitik tun, auch wenn sie sich faktisch mit ihr befasst und dafür gesorgt haben, dass in Tarifverträgen und Betriebsvereinbarungen die Familienpolitik eine Rolle spielt.

Ich glaube, dass in der Tat die Wertschätzung von Familie zunimmt. Ich kenne noch Zeiten, als man von der Familie gesprochen hat als Repressionsinstanz. Dies würde man heute nicht mehr sagen, auch wenn es immer noch Probleme in Familien gibt. Ich denke, dass junge Leute heute eine andere Einstellung haben zur Familie. Das wissen wir aus allen Umfragen, z.B. auch aus der Shell-Studie. Familie wird überwiegend positiv gesehen. Darauf muss natürlich auch Politik reagieren, auch wenn das nicht der einzige Grund für familienpolitisches Handeln ist. Heute gibt es immer noch konkrete Schwierigkeiten. Ich habe früher mal gesagt, die Familie sitzt eigentlich immer noch irgendwie im Beiboot der Arbeitsgesellschaft und auch, wenn sich vieles verändert hat, gilt das bis heute.

In den letzten 20 Jahren hat sich vieles positiv für die Familien entwickelt. Wir haben flexible Arbeitszeiten. Wir haben auch mehr Kinderbetreuung. Wir haben den Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz. Wir haben Elternzeit, die gerade jetzt noch einmal modifiziert wurde, damit sie auch für Väter interessanter ist. Vor 20 Jahren gab es keinerlei Betriebsvereinbarungen zur Familienpolitik und es gab im Grunde auch kaum Rege-

lungen in den Tarifverträgen. Aber das was wir bisher erreicht haben, ist natürlich nicht genug. Insofern muss ich der Analyse, die von Renate Schmidt vorgetragen worden ist, beipflichten: Es gibt noch eine ganze Menge zu tun trotz der genannten Regelungen in Tarifverträgen und Betriebsvereinbarungen. Dabei will ich aber betonen, dass diese Betriebsvereinbarungen überwiegend bei großen Betrieben greifen. Das heißt also, wer bei großen Betrieben arbeitet, hat eher eine Chance, von solchen Regelungen zu profitieren. In kleineren Betrieben sind es eher die technologisch, modern orientierten Betriebe, die solche Vereinbarungen treffen. Allerdings gibt es Regelungen vor allem für die Gutqualifizierten, weniger für die Geringqualifizierten.

Insgesamt gesehen profitieren noch zu wenige Menschen von solchen Regelungen, die wesentlich dazu beitragen, dass Familie lebbar wird. Und es muss das zentrale Anliegen sein, dass Familie wirklich gelebt werden kann und nicht so irgendwie mitgeschleift wird und sich ihre Freiräume individuell suchen muss. Es muss einen institutionellen Rahmen, es muss Strukturen geben, die dazu beitragen, dass man Familie leben kann.

Renate Schmidt hat vorgeschlagen, Familienpolitik ins Bündnis für Arbeit zu integrieren. Das halte ich im Prinzip für gut, es setzt allerdings voraus, dass man das Bündnis noch ein bisschen umstrickt. Wir haben eine Vielzahl von Beschlüssen im Bündnis gefasst. Allerdings haben wir wenige Möglichkeiten, die Beschlüsse auch tatsächlich umzusetzen. Mehr als zu appellieren, bleibt uns eigentlich nicht. Aber wir brauchen auch gar nicht so viele neue Beschlüsse zur Familienpolitik, weil es nämlich schon sehr viele gibt. Wichtig ist die Frage: Wie motivieren wir die Betriebe, die bisher noch nichts tun, diese Dinge auch tatsächlich umzusetzen?

Ich weiß, dass der Verband der Unternehmerinnen auch häufig aus persönlicher Betroffenheit da eine ganze Menge tut. Aber wir wissen auch, dass ganz viele Betriebe immer noch Schwierigkeiten haben, wenn es um Teilzeitarbeit geht, weil sie befürchten, dass ihnen da irgendwelche Nachteile entstehen. Dabei gibt es etliche Studien, die belegen, dass im Grunde alle Beteiligten – die Beschäftigten wie die Betriebe – etwas davon haben, wenn man Arbeitszeiten so gestaltet, dass Familienpflichten damit vereinbar sind.

Bei der Kinderbetreuung gibt es gute Ansätze. Wir wissen, dass es zum Teil Betriebskindergärten gibt oder dass es Arbeitgeberzuschüsse gibt, wenn man Kinder in staatliche oder private Einrichtungen schickt. Gleichwohl haben wir bei der Kinderbetreuung einen erheblichen Nachholbedarf. Ich bin davon überzeugt, dass wir es uns als Bundesrepublik Deutschland auf Dauer nicht leisten können, als eines der wenigen europäischen Länder eine Halbtagschule haben. Wir brauchen die Ganztagschule, nicht nur aus familienpolitischen Überlegungen, sondern auch aus bildungspolitischen Überlegungen. Das hat auch die Pisa-Studie gezeigt. Wir müssen auch aus pädagogischen Gründen die Ganztagschule fördern. Es gibt dafür viele Ansätze in allen Bundesländern, wenn auch noch nicht in dem Umfang, wie wir das gerne hätten. Aber ich glaube, die Richtung stimmt.

#### **Renate Schmidt**

Hinsichtlich der Ausführungen von Frau Pusch und von der Kollegin Sehrbrock wünschte ich mir, dass wir nach Mechanismen suchen, damit das jetzt nicht nur von zwei Frauen in diesem Bereich und vielleicht noch einigen anderen Menschen, vielleicht auch dem einen oder anderen Mann im Unternehmer- und Gewerkschaftsbereich gesagt wird, sondern dass es wirklich ein Umdenken gibt. Und ein Umdenken bedeutet mehr als nur Teilzeitregelungen im Betrieb und Betreuungsangebote. Diese sind für mich beinahe eine Selbstverständlichkeit. Es muss dahin kommen, dass eine Frau, die zwei oder drei Kinder zu versorgen hat, wirklich pünktlich bei der Arbeit aufhören kann, ohne dass das ihrer Karriere schadet. Und der Mann, der sagt, ich möchte jetzt eine Zeit lang Teilzeit beschäftigt sein oder einen Teil der Elternzeit in Anspruch nehmen, darf nicht als „Waschlappen“ diskriminiert werden und als jemand, der sich von seiner Karriere verabschiedet hat. Vielmehr muss man sagen: „Du bist ein toller Typ. Du erwirbst nämlich soziale Kompetenzen, die wir im Betrieb dringend brauchen“. Für diese Frauen und Männer muss es die gleichen Karrieremöglichkeiten und Chancen geben wie die anderen Betriebsangehörigen.



Ich bin mein ganzes Leben lang engagierte Gewerkschafterin gewesen und bin Mitglied einer Gewerkschaft. Aber wenn ich mich erinnere, wie zu Beginn Teilzeitbeschäftigung, Gleitzeitarbeit und alle neuen Arbeitszeitsysteme von den Gewerkschaften nicht etwa befürwortet, sondern eher bekämpft worden sind, weil es natürlich auch ein Stück Machtverlust bedeutet, wenn Menschen zu unterschiedlichen Arbeitszeiten da sind, man sie für Betriebsversammlungen und Ähnliches nicht mehr so einfach bekommt, dann sage ich: Bei den Gewerkschaften und ihren Mitgliedern ist ein ebenso großer Umdenkungsprozess notwendig wie bei den Unternehmen.

Das Bündnis für Arbeit bietet – auch ohne es umzustricken – eine neue Diskussionsplattform, wo das Thema Familie aktuell bleibt. Wir müssen es aber auch weiter am Kochen halten. Ich möchte gerne, dass wir in den nächsten vier, fünf Jahren unumkehrbare Verhältnisse schaffen und endlich auch in dieser Beziehung ein modernes Land werden, was wir in anderen Bereichen ja sind. Aber beim Thema Familie sind wir wirklich irgendwo in der Vorindustriezeit und haben einen erheblichen Nachholbedarf.

---

## Publikumsdiskussion

**N.N.:** *In einer Wahlzeit, wie der jetzigen wird viel versprochen. Kann das nach der Wahl erfüllt werden?*

**Renate Schmidt:** Dazu könnte man den ganzen Abend lang antworten. Was die Familienpolitik betrifft, haben wir unsere Versprechungen, die wir 1998 gemacht haben, samt und sonders erfüllt. Das ist uns nicht in allen Bereichen gelungen, aber in diesem Bereich ist es gelungen. Ich habe so etwas als Familienpolitikerin, die ich seit Beginn meiner Zeit 1980 auch bin, noch nicht erlebt in einer Legislaturperiode.

**W.N., pensionierter Ökonom:** Das Modell gelebter Teilzeitarbeit, wie es von Lehrern und Lehrerinnen öfters praktiziert wird, sollte in Lebenslaufstudien untersucht werden unter der Fragestellung, wie es sich für Eltern und für die Kinder auswirkt. Gibt es schon solche Untersuchungen?

**Michael Corsten:** Der Sonderfall der Lehrer ist nicht untersucht worden. Aber es gibt einen vielleicht interessanten Befund von Birgit Pfau-Effinger, Universität Jena, in Bezug auf das Modell der verringerten Erwerbszeit und vor allen Dingen auch der verringerten Erwerbstätigkeit. Die Untersuchung zeigt, dass das Modell der verringerten Erwerbszeit ein sehr spezifisch bundesdeutsches Modell ist, das besonders für teilzeittätige Frauen zutrifft. Dieses Modell gibt es kaum in einem anderen europäischen Land. Wir kennen das skandinavische Modell einer Unterstützung von Ganztagsinstitutionen, die es ermöglichen, dass auch die Frau voll erwerbstätig ist. Ähnlich sieht es in Frankreich aus. Und wir kennen das holländische Modell, wo die Frau überhaupt nicht erwerbstätig ist, weil es dort gar keine Regelungen in dieser Art gibt.

Es gibt für die Bundesrepublik Deutschland kohortenübergreifende Studien, das heißt, verschiedene Jahrgänge von Frauen wurden verglichen, beispielsweise im Sonderforschungsbereich von Helga Krüger an der Universität Bremen). Deutlich wird dabei, dass das Modell der Teilerwerbstätigkeit für alle Generationen von Frauen in der Bundesrepublik zutrifft. Wenn sich Großmütter daran erinnern, welche Probleme sie als Mütter

gehabt haben, so stellt das offensichtlich eine Kontinuität des deutschen Modells dar. Mich würde es reizen zu untersuchen, wie es sich z.B. auswirkt, dass die Eltern Lehrer sind, wie also die Spezifik der Gruppe der Eltern den Erziehungs- und den Familienprozess beeinflusst.

**Gesine Schwan:** Solche Langzeitstudien halte ich für schwierig. Mein Argument dabei ist, dass wir Familie auch hier wieder vornehmlich unter dem Aspekt der Kinderbetreuung und dann der Verbindung von Karriere und Kindern betrachten. Bei dem Begriff „Karriereknick“ sehe ich das Problem, weil man damit festlegt, dass Karriere sein muss und ein Kind störend darauf einwirken kann. Das finde ich schon als Optik nicht besonders günstig. Aber ich weiß, dass es in der Realität dahin kommt. Mir geht es aber, auch unter sozialisationstheoretischer Fragestellung, mehr noch um die gesamte Familiendynamik. Vielfach sind Familien heute einfach überfordert. Eltern machen sich gegenseitig Vorwürfe, wenn es mit den Kindern nicht klappt. Väter und Mütter werfen sich vor, nicht richtig in der Kindererziehung agiert zu haben etc. Familie ist also ein großes Geflecht. Man müsste mit solch einer Langzeitstudie auch ermitteln, ob die Gesamtstruktur Familie durch Ganztagschule und frühe Betreuung der Kinder auch eine Veränderung im erhofften positiven Sinne erfährt. Dies ist eine sehr komplexe Fragestellung, die zu erkunden reizvoll wäre.

**M.V., Vater von fünf Kindern:** *Viele Familienpolitiker verstehen sich als Wohltäter, und die Lobby für Familien hat etwas von Wohlfahrtsverbänden und ist zudem schwach, was wiederum die Schwächen in der Familienpolitik bedingt.*

*Das Wahlrecht sollte geändert werden dahingehend, dass die Familien pro Kind eine zusätzliche Stimme bei der Wahl erhalten. Wieso sollen Eltern ihre Kinder nicht auch bei der Wahl vertreten? Davon erhoffe ich mir eine Explosion der Bildungs- und Familienpolitikprogramme der Parteien, denn dann müssen Konkurrenzkämpfe um 18 Millionen Stimmen entstehen.*

*Die zweite Anregung gilt den Gewerkschaftern und den Arbeitgebern, dass die tariflich gewährten Bildungsurlaube auch für die Familienbildung geöffnet werden. Viele Väter würden gerne diesen Bildungsurlaub für Themen, die ihre Erziehungskompetenz stärken würden, nutzen.*

---

**Petra Pusch:** Die Anregung zum Thema Bildungsurlaub werde ich an unseren Vorstand weiterleiten.

**Gesine Schwan:** Stichwort Wahlrechtsänderung: Mein Gebiet ist Demokratietheorie, politische Theorie, politische Psychologie. Und das, was ich vorgetragen habe, kam aus der Kombination dessen, was ich professionell kompetent über Zivilgesellschaft und Demokratietheorie sagen kann, meiner ganz individuellen Erfahrung und dem, was ich um mich herum erlebt habe, der Erfahrung nämlich, wie anstrengend, aber eben auch schön es ist, Familie und Beruf vereinbaren zu können. Ich kenne auch die Erfahrungen der Studierenden, vor allen Dingen auch der Studentinnen, die immer auf mich zukommen und fragen: „Wie haben Sie das gemacht?“

Ohne ein abschließendes Urteil bereits gebildet zu haben, muss man wahrscheinlich überlegen, ob die Familie und die Vertretung der Kinder ein so zentrales Thema ist, dass nicht andere Gruppen auch ein Mehrfachstimmrecht fordern – zum Beispiel wenn sie Ältere versorgen. Ein solcher Schritt würde bedeuten, dass man vom Grundsatz „ein Mensch – eine Stimme“ abweiche. Kinder geben die Stimme ja nicht ab. Und auch das Argument, dass man auch in anderen Fragen Entscheidungen für die Kinder trifft, würde für mich kein abschließendes Urteil hervorrufen. Das alles müsste ich prüfen.

**B.N., tätig in der Lehrerausbildung:** *Wichtig erscheint der Zusammenhang von Familienpolitik und Bildungspolitik und was Gesine Schwan zur psychischen Verankerung von Bürgertugenden gesagt hat. Wo sind in unserer Gesellschaft die Räume und Orte, wo diese Bürgertugenden eingeübt werden können, auch von Generationen, die noch nicht Eltern sind?*

**Gesine Schwan:** Sie haben noch mal den Zusammenhang von Familien- und Bildungspolitik unterstrichen, haben dann gefragt: Gibt es denn woanders Bereiche, wo diese Bürgertugenden eingeübt werden können? Solche Orte zum Einüben von Bürgertugenden gibt es in Vereinen, in Kulturaktivitäten. Mein Problem geht aber tiefer: Die Verabsolutierung des Wettbewerbsprinzips als Motivationsprinzip in unserer Gesellschaft steht

der Entwicklung von Bürgertugenden, wie ich sie beschrieben habe, eher im Wege. Denn dieses Wettbewerbsprinzip bringt eine sehr starke Individualisierung im Sinne von „Ich muss der Beste oder die Beste sein“ hervor.

Ich leide zum Beispiel an der Universität sehr darunter. Mein Versuch, den Aufbau meiner Universität im Osten Deutschlands zu gestalten, findet möglicherweise seine Grenze darin, dass ich mich mit dieser Universität in dem aktuellen Universitätssystem behaupten muss. Die bestehende Verabsolutierung des Wettbewerbsprinzips stößt durch bis zur globalen Ebene – wir können gar nichts machen, haben gar keinen Spielraum mehr, uns anders zu verhalten. Solche Bedingungen erschweren dann auch die Sozialisation von Bürgertugenden, wenn man darunter auch Zuwendung etc. fasst.

In meiner Berliner Zeit an der Freien Universität sagte mir einmal ein Student, er habe in meinem Seminar zum ersten Mal erlebt, dass die Studenten und Studentinnen sich nicht gegenseitig in Konkurrenz voneinander absetzen und profilieren wollen, sondern in Diskussionen an das anknüpfen, was andere gesagt haben. Dies halte ich für das Fundament universitärer Wahrheitssuche. Aber in der Tat ist es heute so, dass man an der Universität versucht, sich gegenseitig auszuspielen, um die nächste Stelle zu bekommen. Wenn die Studierenden unter dem Druck stehen, dass sie selbst eigentlich nichts bedeuten, wenn sie nicht etwas Vorzeigbares geleistet haben, ist es ganz schön schwer, eine Familie zu gründen. Und dann entstehen eben diese Bürgertugenden nicht. Ob man einen Freiraum schaffen kann, in dem man zeigt, dass durch die Entwicklung solcher Bürgertugenden schulische oder wissenschaftliche Leistung letztendlich sogar gefördert wird, ist ein Experiment, für das man einen langen Atem haben muss.

Das Hauptproblem aber ist, dass die gegenwärtige Durchökonomisierung der Lebensbereiche, das heißt die Tatsache, dass für die unterschiedlichen gesellschaftlichen Bereiche, die eigentlich nach unterschiedlichen Erfolgskriterien arbeiten müssen, immer mehr das einzige Erfolgskriterium der materielle Gewinn ist. Dies halte ich für fatal auch hinsichtlich der Ausbildung dieser Bürgertugenden. Und deswegen finde ich Ihre Versuche, das

---

vor Ort zu ändern, das einzig Richtige und Wichtige, was man tun kann. Allerdings gibt es immer noch starke Kräfte in den Unternehmungen und bei Unternehmern, die das für Unsinn halten. In Amerika hingegen gilt diese soziale Kompetenz zunehmend als Einstellungsfaktor und in der Tat lernt man beim Management in den Familien sehr, sehr viel. Auch für mich persönlich war meine Familienarbeit eine sehr wichtige Schule, das habe ich sowohl als Dekanin einer Freien Universität als auch jetzt als Präsidentin so erlebt.

**G.S., vier Kinder, acht Enkelkinder:** *Ich bin entschieden gegen Organisationen von Großeltern. Hier ist vielmehr die Politik gefragt, die die Voraussetzungen schaffen muss, dass jede Frau und jede Familie frei entscheiden können, wie Familie und Erwerbsarbeit praktiziert werden. Die Ganztagschule ist für Eltern wie Kinder sehr viel angenehmer als die Hetzerei, die wir in Deutschland haben.*

*In der SPD lag der Diskussionsschwerpunkt bei diesem Thema in den letzten 20 Jahren auf Frauenpolitik. Es geht aber um Familienpolitik und da gehören die Männer dazu. Als ich in der SPD als Familienfrau immer wieder Politik für die Familie einforderte, hielt man mich wohl für verblödet.*

*Wer Familienarbeit leistet, weiß, dass es nicht nur um Baby-Wickeln geht, sondern dass bei der Familienarbeit alle Politikbereiche angesprochen werden. Wenn man auch nur ein Jahr lang wirklich konsequent Familienarbeit leistet, dann weiß man, dass man eine tolle Arbeit geleistet hat. Wir müssen gemeinsam mit den Familienvätern endlich aufhören so zu tun, als ob Familienarbeit nichts wäre.*

**Inge Sehrbrock:** Wieso tun wir uns in Deutschland so schwer mit dem Thema Ganztagschule? Wir können in diesem 45-Minuten-Takt von der ersten bis zur sechsten und manchmal auch zur siebten Stunde im Grunde genommen auch pädagogisch gar nicht vernünftig arbeiten. Man muss auch fächerübergreifend arbeiten und Projekte durchführen und dafür braucht man Zeit. Das kann ich nicht in 45 Minuten machen. Ich muss auch mal raus aus der Schule, zum Beispiel Praktika in einem Krankenhaus oder in einem Altenheim machen. Alles das lässt sich meiner Meinung

nach in diesem 45-Minuten-Takt nicht leisten. Schaut man sich heute erfolgreiche Schulen an, dann sind das in der Regel Ganztagschulen, die eben diesen Rhythmus durchbrechen und damit pädagogisch und auch familienpolitisch eine hervorragende Lösung anbieten. Ich habe den Eindruck, dass sich sehr, sehr viel auch in den Köpfen der Politiker bewegt. Ob wir dieses Konzept schnell durchsetzen werden, weiß ich nicht. Aber im Forum Bildung, das zwei Jahre lang mit Vertretern aller Parteien gearbeitet hat, waren vorschulische Erziehung und Ganztagschule sehr wichtige Aspekte.

Familienarbeit wird, wie ich meine, wirklich unterschätzt. Familienarbeit ist eine Managementaufgabe, die auch entsprechend bewertet werden muss. Es gibt eine Vielzahl von Aufgaben, die unter Familienarbeit fallen, von der Kinderbetreuung bis zur Organisation des Haushalts – jeder, der damit zu tun hat, weiß, wie das funktioniert. Und deshalb bin ich auch froh, dass wir wegkommen von dem Gegeneinanderausspielen von Frauenpolitik einerseits und Familienpolitik andererseits. Beide Politiken muss man vernünftig miteinander verzahnen. Wir als Gewerkschaften haben da noch Nachholbedarf. Wir haben inzwischen ein familienpolitisches Programm veröffentlicht.

Zur Kinderbetreuung durch den Betrieb: Kinderbetreuung durch den Betrieb ist nicht ganz neu als Idee. Eine mögliche Schwierigkeit liegt darin, dass der Betrieb nicht immer in dem Umfeld ist, wo man lebt. Man muss also die Kinder in den Betrieb mitnehmen. Sie haben dann zwar im Kindergarten, aber nicht in ihrem normalen sozialen Umfeld ihre Spielkameraden. Hier gibt es – bei aller Unterstützung des Engagements von Unternehmen – auch andere Modelle, wie zum Beispiel, dass man die Kinderbetreuung finanziell unterstützt.

**Gesine Schwan:** Mein kurzer Beitrag hier zur Akzeptanz von Familienpolitik in SPD-Gremien: Auch in einem durchaus hochrangigen Gremium wie der Grundwertekommission habe ich vor mehreren Jahren schon gesagt: „Ihr müsst das Thema Familienpolitik aufgreifen!“ Ich habe dazu auch Inhalte geliefert. Doch diskutiert wurde das nicht, andere wichtige Themen standen auf der Tagesordnung. Jetzt ist das anders. Die neuen Generationen haben andere Bedürfnisse. Die Entwurzelungserfahrung ist

---

ziemlich massiv und es setzt sich allmählich die Erkenntnis durch, dass soziale Kosten, die entstehen, wenn man überhaupt keinen Anker hat, zu hoch sind. Und ein Grund ist die Demografie, die bei Männern immer noch das handfesteste Argument ist. Allmählich werden aber auch die Männer dazulernen.

**Ä.v.B., Rechtsanwältin, Mutter mehrerer Kinder:** *Wir brauchen Elternbeauftragte, die Wert darauf legen, dass Halbtagsarbeit oder Dreivierteltagsarbeit auch Männern, Vätern zugestanden wird, dass das nicht einen Karriereknick bedeutet.*

**Inge Sehrbock:** Die Gewerkschaften haben schon vor vielen Jahren die reduzierte Erwerbsarbeit gefordert. Maria Weber, eine meiner Vorgängerinnen beim Deutschen Gewerkschaftsbund, hat die Einführung des Sechs-Stunden-Tags für alle vorgeschlagen. Dies ist ein spannendes Modell, das wir nicht durchsetzen konnten. Aber es könnte dazu beitragen, Familienarbeit und Erwerbsarbeit besser miteinander zu verzahnen.

Wir brauchen in vielen Bereichen ein hohes Maß an Flexibilität bei den Arbeitszeiten, aber wir brauchen auch wieder eine Verbindlichkeit und Planbarkeit. So muss man sich beispielsweise darauf verlassen können, ein freies Wochenende zu haben und das nicht nur alle vier Wochen. Wir sind da inzwischen so flexibel, dass es schwierig wird, Familie auch tatsächlich noch zu leben. Hier müssen – bei aller Flexibilität – bestimmte Pflöcke eingerammt bleiben.

**G.G.-N., verheiratet, drei Kinder, Lehrerin, zeitweise Landtagsabgeordnete:** *Wir beklagen uns darüber, dass wir zu wenig Kinder haben in unserer Gesellschaft, dass die Frauen im Durchschnitt 1,3 Kinder haben. Die wirtschaftliche Lage der jungen Leute ist heute sehr oft so, dass sie eigentlich keine Familien gründen können. Und da müssen wir uns darüber Gedanken machen.*

*Zum Problem „Verdienst“ bei Teilzeitarbeit von Vätern und Müttern mit mehreren Kindern. Diese Familien brauchen das Geld, weil sie ein Haus bauen wollen oder müssten. Sie verdienen dazu aber nicht genug mit der Teilzeitarbeit, für die sie sich entschieden haben, um die Kinder zu*

*betreuen. Es ist auch sinnvoll, dass sie Teilzeit arbeiten, damit sie die Zeit haben. Wir haben in Deutschland ein Besoldungssystem, nach dem man mit zunehmendem Alter immer besser besoldet wird. Dienstaltersstufen kennt jeder, im BAT gibt es das und die übrigen Berufe orientieren sich letztlich am öffentlichen Dienst. Junge Leute verdienen wenig, ältere Leute verdienen viel Geld. Es müsste genau umgekehrt sein: in der Phase, wo die Kinder da sind, braucht man Geld.*

**Petra Pusch:** Es wird gesagt dass es junge Leute heute sehr schwer haben, auch gerade in Familien. Ich selbst bin 38 Jahre alt, habe mich vor sechs Jahren selbstständig gemacht. Ich kam aus dem Ausland und hatte gar nichts hier in Köln. Das war auch nicht einfach. Aber ich wehre mich ein wenig dagegen, eine Lamentiermentalität einzunehmen. Natürlich sind die Rahmenbedingungen nicht einfach, die wir im Moment haben, in keinem Unternehmen. Aber was hat es denn für unsere Großeltern und unsere Eltern damals bedeutet, Kinder in die Welt zu setzen. Sie hatten einen Krieg hinter sich. Zwar gab es einen Käufermarkt, es gab das Wirtschaftswunder. Aber historisch gesehen gab es immer schlechte Rahmenbedingungen. Und das ist meines Erachtens keine Begründung, um Kinder nicht in die Welt zu setzen.

Angesichts der Tatsache, dass wir einen Mangel an Fachpersonal haben, glaube ich, dass jeder, der sich ein wenig am Markt orientiert und sich einbringen möchte, irgendwo auch eine Chance hat. Vielleicht muss man eine Zeit lang auf diese Chance warten oder auch bestimmte Programme in Anspruch nehmen. Aber wichtig ist, selbst etwas zu unternehmen. Nicht jeder sollte ein Unternehmer sein, aber jeder sollte selbst etwas tun.

**Gesine Schwan:** Die Frage, wie man Karriere und Familie entzerren und trotzdem finanziell über die Runden kommen kann, ist eine ganz zentrale Frage. Entlastet werden müssten in der Tat die Eltern und nicht die Rentner, die die Familienarbeit hinter sich haben. Es ist ein komplexes Feld. Wenn sich also die Vision von Familie verändert, würde das auch viele weitere Veränderungen mit sich bringen müssen.

Die Frage, warum junge Leute Kinder kriegen, ist sicher zum Teil eine Frage der Kinderbetreuung, der materiellen Ausstattung usw. Aber es gibt

auch noch andere Gründe, die man nicht unterschätzen soll. Auffällig ist, dass eine gewisse Grundzuversicht, die man braucht, wenn man eine Familie gründet, in Deutschland etwas weniger repräsentiert ist. Hier spielt unsere jüngere Vergangenheit eine Rolle, die sich in erheblichen Potenzialen an Depressivität fortsetzt. Wir wissen, dass es intergenerative Weitergaben dieser Dinge gibt, die nicht unterschätzt werden sollen. In meiner Sicht ist ein ganz wichtiger Punkt, dass die Zuversicht in das Gelingen von Beziehungen, in die Zukunft überhaupt vorhanden ist.

**I. U.:** *Mehrere Großeltern sollten sich zu „Ersatzfamilien“ für berufstätige Eltern zusammenschließen, um mit begrenztem Zeitaufwand andere von der Vollzeit-Verantwortung zu entlasten. Der Staat könnte Rahmenbedingungen dafür schaffen.*

**N.N.:** *Großeltern gehören zur Familie, nicht um die Kinder zu verwahren, sondern um Einfluss zu nehmen auf die Gestaltung des Lebens in den Kinderfamilien. Gut wäre es, wenn es WGs oder Kommunen gäbe, wo alte und junge Menschen zusammenleben könnten. Das würde möglicherweise auch einige Pflegeprobleme lösen.*

**Petra Pusch:** Wir haben hier in der Tat überhaupt nicht über Großeltern gesprochen. Das ist eigentlich ein Fehler, weil das, was Großeltern vermitteln, Werte sind, die den viel beschriebenen jungen Leuten fehlen. Vielleicht liegt es an dieser Isolation der Älteren und der Generationen-abkapselung, dass junge Leute keine Perspektiven sehen oder auch die Werte, die die älteren Generationen gelebt haben, nicht mehr mitgeteilt bekommen. Es ist also auch ein Kommunikationsproblem. Ich begrüße die Anregung, Kinder, in welchem Alter auch immer, mit älteren Menschen in einem Projekt oder bei einer Diskussion zusammenzuführen. Es gibt ein jüdisches Sprichwort: „Das Volk, das seine älteren Menschen und seine Geschichte vergisst, das ist zum Sterben verurteilt.“ Und das ist nicht ganz falsch.

**Gesine Schwan:** Ich will Ihnen aus meiner persönlichen Erfahrung antworten. Ich habe längere Zeit eine Großfamilie gehabt, meine Eltern, meine Schwiegermutter versorgt und die Kinder. Erstens war das schon ganz schön anstrengend, denn mein ziemlich autoritärer Vater hat jedes

Mal dafür gesorgt, dass die Stimmung bei meinen Kindern nicht besonders gut war beim Essen. Der Alltag war recht kompliziert. Ich habe auch versucht, die Besuche der Großeltern durch Kinder zu organisieren, was ehrlich gesagt nicht besonders gelungen ist. Ob die Großeltern den Kindern die Bürgertugenden beibringen können, erscheint mir zweifelhaft. Ich habe nicht immer so gute Erfahrungen dabei gemacht. Sicherlich gibt es aber sehr unterschiedliche Modelle.

**E.S., ehrenamtlich engagiert in Kinder- und Jugendarbeit:** Man sollte versuchen, bei Kindern und Jugendlichen Begeisterung für soziales Engagement zu wecken, sie zu gemeinsamem Tun mit anderen Kindern anregen. Schon mit zehn oder elf Jahren kann man vieles lernen für seine soziale Kompetenz. Diese macht stark, gibt Selbstvertrauen und Selbstsicherheit.

**N.N.:** *Renate Schmidt hat vorhin gesagt, es wäre gut und sehr familienförderlich, wenn zum Beispiel Unternehmensleitungen es als eine besondere Kompetenz bei der Einstellung oder bei der Beförderung werten würden, dass jemand sich in besonderer Weise um die Familie gekümmert hat. Halten Sie das für eine praktikable Idee im Unternehmensbereich?*

**Petra Pusch:** Wenn das als „Muss“ eine Vorgabe wäre, wäre es wohl nicht praktikabel. Die ganzen Muss-Faktoren, die es gibt, sollten eingeschränkt werden. Es fällt immer noch unter die unternehmerische Freiheit zu entscheiden, ob jemand eingestellt wird, weil Lebenslauf und Qualifikation interessant und adäquat für die Stelle sind, oder ob es auch zählt, dass sich jemand zum Beispiel in der Kinderbetreuung hervorgetan hat. Unternehmer sollten einfach nicht nur nach dem Lebenslauf entscheiden, entlang der Frage, ob es sich um einen „geraden“ Lebenslauf handelt oder ob irgendwelche Fehlzeiten auffallen. Ich selbst schaue, welche Ecken und Kanten derjenige hat, der sich um eine Stelle bewirbt. Ich mache es ähnlich wie die Amerikaner – ich gehe nicht nach den Zertifikaten eines Bewerbers, sondern stelle andere Fragen, die mir wichtig erscheinen. Dabei kann es sein, dass Betreuungszeiten ins Gewicht fallen, weil der Bewerber dadurch ein bestimmtes Feeling bekommen hat. Aber ein „Muss“ daraus zu machen, halte ich für ebenso falsch wie irgendwelche Quotenregelungen.

---

## Die Referentinnen und Referenten

**Michael Corsten**, Dr. phil., Soziologe, Freie Universität Berlin. Forschungsschwerpunkte: Lebenslaufforschung, Generationendiskurs, Jugendkulturen. Forschungsprojekt: Erziehung, Ausbildung und Beruf: Lebensläufe der Geburtskohorten 1964 bis 1971 in Westdeutschland.

**Thomas Meyer**, Prof. Dr., Wissenschaftlicher Leiter der Akademie der Politischen Bildung der Friedrich-Ebert-Stiftung. Professor für Politikwissenschaft an der Universität Dortmund. Stellvertr. Vorsitzender der Grundwerte-Kommission der SPD. Seit 1990 Vorsitzender der Philosophisch-Politischen Akademie.

**Petra Pusch**, Unternehmerin, gelernte Bankkauffrau, Dipl. Marketingwirtin WAK/IHK. National und international im Bereich „Event- und Marketing-Management“ tätig, seit 1996 in Köln selbstständig tätig. Seit 1997 Mitglied des Verbandes deutscher Unternehmerinnen (VdU).

**Helmut Richter**, Prof. Dr., seit 1993 Professor für Erziehungswissenschaft im Fachbereich Erziehungswissenschaft, Institut für Sozialpädagogik, Erwachsenenbildung und Freizeitpädagogik der Universität Hamburg, seit 2002 Geschäftsführender Direktor dieses Instituts. Arbeitsschwerpunkte: Interkulturelle Bildung, gemeinwesenorientierte Bildungsarbeit (Kommunale Pädagogik); Jugend und Arbeit(slosigkeit); Theorie und Geschichte der Sozialpädagogik/Jugendbildung.

**Renate Schmidt**, MdB, 1987-90 stellvertr. Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion, Vorsitzende des AK „Gleichstellung von Frau und Mann“ der SPD-Bundestagsfraktion. 1991-2000 Landesvorsitzende der Bayerischen SPD, seit 1997 stellvertr. Vorsitzende der Bundes-SPD. Seit Herbst 2002 Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend.

**Gesine Schwan**, Prof. Dr., 1977 Professorin für Politikwissenschaft an der FU Berlin, seit 1999 Präsidentin der Europa-Universität Viadrina Frankfurt

(Oder). Von 1977–1984 und wieder seit 1996 Mitglied der Grundwertekommission beim Parteivorstand der SPD, von 1985–1987 Vorsitzende der Deutschen Gesellschaft für Politikwissenschaft. 1992–1995 Dekanin des Fachbereichs Politische Wissenschaft und gleichzeitig seit 1994 Mitglied des Vorstands der Deutschen Vereinigung für Politische Wissenschaft.

**Ingrid Sehrbrock**, seit 1999 Mitglied des Geschäftsführenden Bundesvorstandes des DGB. Seit 1987 stellvertr. Bundesvorsitzende der Christlich Demokratischen Arbeitnehmerschaft (CDA). Ab 1989 Bundesgeschäftsführerin der Frauen-Union und Leiterin der Abteilung Frauen- und Familienpolitik der CDU.